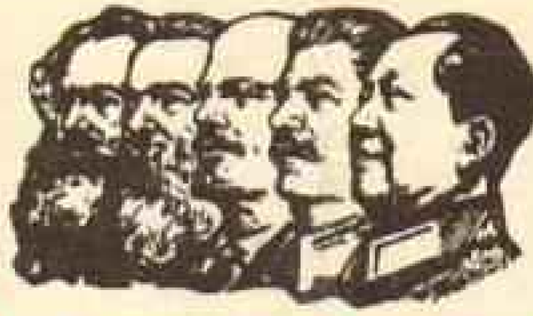
Inflation-unheilbare Krankheit des Kapitalismus

1H 20150 C

Seite 4

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 45 vom 17. November 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Arabischer Ölboykott ist berechtigt

Von Erpressung kann keine Rede sein

Warm anziehen und festes Schuhwerk kaufen – solche und andere Durchhalteparolen werden gegenwärtig aus Bonn gegeben. Vor wenigen Tagen wurde das Energiesicherungsgesetz erlassen, das von der Einschränkung des privaten Autoverkehrs bis zur Rationierung von Kohle, Strom und Öl alle möglichen Maßnahmen vorsieht.

Anlaß ist der immer noch drohende Ölboykott sowie die monatliche Drosselung der Erdölforderung der arabischen Länder.

Die Imperialisten jammern über Erpressung – doch wer erpreßt eigentlich wen? Die beiden Supermächte suchen gegenwärtig mit allen Mitteln die arabischen Länder zu zwingen, ihren gerechten Kampf für die Befreiung ihrer Länder von den zionistischen Aggressoren einzustellen.

Statt den gerechten Kampf der arabischen Völker zu unterstützen, ordnen die westdeutschen Imperialisten für die westdeutschen Werktätigen Energiebeschränkungen an, um weiterhin die israelischen Aggressoren im Kampf gegen die gerechte Sache der arabischen Völker zu unterstützen.

Seit die US-Imperialisten den Staat Israel gegründet haben, seit die israelischen Zionisten verbrecherische Aggressionen gegen die arabischen Völker verüben, erpressen die US-Imperialisten die arabischen Völker. Und seit die Sowjetunion unter Chruschtschow zu einer sozialimperialistischen Supermacht geworden ist, übt sie gemeinsam mit den US-Imperialisten Druck auf die arabischen Völker aus: Sie sollen ihren gerechten Kampf zur Befreiung ihres Landes und zur Vertreibung der Aggressoren aufgeben – damit die beiden Supermächte auch weiterhin ihr Unwesen im Nahen Osten treiben können.

Auch die gegenwärtigen Friedenspläne der Supermächte sollen die arabischen Länder dazu bringen, die Existenzberechtigung des Aggressors Israel anzuerkennen und bestimmte arabische Gebiete an Israel abzutreten.

Millionen Araber leben unter dem Joch der zionistischen Unterdrükkung und dem Elend der Vertreibung.

Hunderttausende Palästinenser leben – gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben – unter schlimmsten Bedingungen in Flüchtlingslagern. Gemeinsam mit den anderen arabischen Völkern haben sie sich erhoben, um der zionistischen Aggression ein Ende zu setzen. Die Imperialisten aber nennen das 'kriegslüstern'.

Die arabischen Länder haben den Ländern, die Israel unterstützen, den Ölboykott angedroht und dies gegenüber den USA und den Niederlanden auch verwirklicht. Sollen etwa die arabischen Völker Öl produzieren für Flugzeuge, die Militärmaterial gegen die arabischen Völker nach Israel fliegen?

Die Imperialisten aber reden von 'Erpressung'. Tag für Tag hetzen Springers Blätter gegen "Die Ölscheichs", die angeblich dem kleinen Mann das Benzin nehmen und ihn im kommenden Winter frieren lassen wollen. Aber sie können nicht von der Tatsache ablenken, daß es die Supermächte sind, die versuchen, die arabischen Länder zu erpressen. Sie können nicht verdecken, daß es die westdeutschen Imperialisten sind, die mit ihrer Unterstützung der israelischen Aggression für kalte Wohnungen und leere Straßen verantwordich sein werden.

Das Energiesicherungsgesetz zeigt, daß die westdeutschen Imperialisten alle Register ziehen, um die arabische Maßnahme der Öldrosselung, die sich gegen die Imperialisten richtet, auf das westdeutsche Volk abzuwälzen. Während die Werktätigen auf Benzin und geheizte Räume, ja sogar auf Licht verzichten sollen, wird die chemische Industrie mit ihrem Ölverbrauch weiterhin auf Hochtouren laufen. Die Imperialisten sagen: "Die Arbeitsplätze gehen vor." Haben sie sich jemals um die Arbeitsplätze gesorgt? Kurzarbeit, steigende Entlassungen, wachsende Arbeitslosigkeit gerade in den letzten Monaten beweisen das Gegenteil. Für sie geht es nicht um die Arbeitsplätze, sondern um die Erfüllung ihrer großen Exportgeschäfte, um Millionenprofite. Ihre imperialistische Politik auf unserem Rücken – das garantiert das Gesetz zur Energiesicherung.

Das Geschrei von der 'arabischen Erpressung' hat allein den Zweck, daß unser Volk diese Abwälzung und den Kampf der Imperialisten gegen die gerechte arabische Sache ruhig geschehen läßt. Doch die Lügenkampagne der Imperialisten wie ihre Unterstützung der zionistischen Aggression ist zum Scheitern verurteilt. Die arabischen Völker werden den Kampf gegen die Aggressoren nicht eher beenden, als sie aus Nahost vertreiben sind. Und das westdeutsche Volk wird dabei immer enger an seine Seite treten und den Kampf gegen die westdeutschen Imperialisten, diese Stütze der israelischen Aggression, verstärken.

Urteil im Prozess gegen Ernst Aust

Im Juni war Genosse Ernst Aust, Vorsitzender unserer Partei, als verantwortlicher Redakteur des Roten Morgen, wegen "Beleidigung und Verächtlichmachung der Bundesrepublik" und "Billigung von Verbrechen" zu 5.000 DM Geldstrafe, ersatzweise 200 Tage Haft, verurteilt worden.

Im Berufungsverfahren am 6. November klagte Genosse Ernst Aust die Klassenjustiz an, mit dem Prozeß gegen ihn den Prozeß gegen kommunistische Agitation und Propaganda überhaupt zu führen.

Im Kampf gegen die Klassenjustiz konnte ein Teilsieg errungen werden: Statt 5.000 DM lautet das neue Urteil auf 3.000 DM Geldstrafe. Doch für uns Kommunisten ist nicht entscheidend, ob kommunistische Agitation und Propaganda mit 2.000 DM mehr oder weniger bestraft wird. Wir fordern Freiheit für die kommunistische Agitation und Propaganda, Freispruch für Ernst Aust!

Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt.
Die Rede des Genossen Ernst vor der Klassenjustiz veröffentlichten wir z.T. in der letzten Ausgabe des RM. Fortsetzung auf S.6.

Mannesmann-Huckingen

Nieder mit dem Verrat der D'K'P-Revisionisten!

Die Kollegen wollten den Kampf: "Wenn einer entlassen wird, muß die ganze Hütte stilliegen!" 122 Kollegen hatte die Geschäftsleitung zunächst die Entlassung angedroht. Am Freitag traten die Eisenbahner wiederum in den Streik und machten klar, daß die Belegschaft bereit war, für die Verhinderung der Entlassungen zu kämpfen.

Schleunigst wurden Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung angesetzt. Ergebnis der "harten Verhandlungen": Die Entlassungen von 7 Kollegen wurden von der Geschäftsleitung zurückgenommen. Die Hoffnungen der Kollegen waren nun auf die Belegschaftsversammlung gerichtet, die für den nächsten Mittwoch (7.11.) angesetzt war.

In dieser Woche ließen die D'K'P-Revisionisten nichts unversucht, um die Kollegen vom einzigen Weg zur Verhinderung der Entlassungen – dem Streik – abzuhalten. Ein Flugblatt nach dem anderen erschien, um die Illusion zu erzeugen, ein entschlossener Kampf der Kollegen zur Verhinderung der Entlassungen sei nicht notwendig, man könne auf die bürgerlichen Gerichte vertrauen. In ihrer Betriebszeitung seitenlang Protestresolutionen, um den Kollegen einzureden, die Entlassungen seien besiegelt, jetzt könne man nichts mehr machen, nur noch protestieren.

In die gleiche Kerbe schlugen sie mit der Initiierung eines Solidaritätskomitees, Unterschriftensammlungen für eine Protestresolution an Heinemann und Brandt – das ist allerdings nicht der Weg, den Entlassungsterror der Mannesmann-Kapitalisten zu brechen.

Fortsetzung auf Seite 2

Wetzlar

Polizei-Überfall auf Rote Hilfe

Je mehr die Rote-Hilfe Bewegung in Westdeutschland anwächst, umso schärfer versucht die Bourgeoisie, den Kampf gegen die Klassenjustiz niederzuschlagen. Im letzten Winter bereits durchsuchten Hunderte von Polizisten die Wohnungen von Rote-Hilfe-Genossen in München und beschlagnahmten die Rote-Hilfe-Zeitung mit der Begründung, das sei das Organ einer kriminellen Vereinigung. Ebenfalls in München wurde vor 14 Tagen eine Aktion gegen ehemalige Mitglieder der Roten Hilfe durchgeführt und vier Genossen verhaftet.

Nun hat die Polizei in Wetzlar zugeschlagen. Bei einer Großrazzia nahm sie insgesamt 14 Genossen und Sympathisanten der Roten Hilfe fest, durchsuchte mehrere Wohnungen und Autos und kündigte an: DAS HIER IST KEINE EINZELAKTION!

Fortsetzung auf Seite 7

Nahost ..

Bonns Neutralität - eine Lüge!

Immer wieder betonte die Bonner Regierung, daß sie in Nahost neutral sei. Die gemeinsame Nahosterklärung der Europäischen Gemeinschaft, bei der die westdeutschen Imperialisten mit federführend waren, scheint dies zu bestätigen. Doch der Schein trügt. In ihren Taten haben die westdeutschen Imperialisten immer die israelischen Aggressoren unterstützt und sie tun das auch jetzt.

Westdeutsche Milliarden sogenannter Wiedergutmachung, Milliarden Wirtschaftskredite und Investitionen halten gemeinsam mit dem US-Dollar die israelische Wirtschaft über Wasser und finanzieren die gewaltige Rüstung.

Nach der Geiselnahme von israelischen Sportlern während der Olympischen Spiele entfachten die westdeutschen Imperialisten und ihre Presse eine wilde Hatz auf alle fortschrittlichen arabischen Kräfte. Die westdeutsche Imperialistenpresse tut seitdem so, als ob der gerechte Kampf der arabischen Völker fanatischer Terrorismus sei.

Ein Abkommen wurde mit den USA und anderen imperialistischen Ländern geschlossen gegen 'internationalen Terrorismus'. Dieses Abkommen richtet sich gegen den Kampf der arabischen Völker, nicht etwa gegen den Terror, den die beiden Supermächte und ihr Kettenhund Israel gegen Millionen Araber ausüben.

Im September 72 wurden die palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA in Westdeutschland verboten, die für die revolutionäre Einheit der Palästinenser gegen die israelischen Aggressoren kämpften.

Während der jüngsten militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten wurde von US- und Nato-Basen in Westdeutschland Militärmaterial nach Israel gebracht. Kraus-Maffei entwickelte speziell für die Montage in Israel ein Modell des Leopard-Panzers und bildete israelische Techniker in der Panzerproduktion aus. In Krummenort (Militärflugplatz bei Rendsburg) wurden, wie uns Soldaten berichteten, unter schärfster Bewachung zwei israelische Kriegsmaschinen (erkennbar am Davidsstern) repariert.

Und kurz nach der Unterzeichnung der EG-Erklärung, teilte Bonn dem US-Verteidigungsministerium mit, daß die USA im Fall einer neuen militärischen Auseinandersetzung in Nahost von Westdeutschland aus – ohne Protest aus Bonn – Militärmaterial nach Israel verschikken können.

In dieser Situation, wo die israelischen Zionisten auch von den westdeutschen Imperialisten massiv unterstützt werden, müssen die Arbeiter, alle wahren Antifaschisten und Antiimperialisten in unserem Land ihre Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker verstärken. Weg mit den US- und Nato-Stützpunkten, Amis raus aus Westdeutschland!
Für die sofortige Aufhebung des Verbots von GUPS und GUPA! Nieder mit der Unterstützung der israelischen Aggression durch die westdeutschen Imperialisten!



Ausweisung, Abschiebung, Auslieferung von Ausländern – Progrom in der BRD 1972

Polizeiüberfall auf Araber

**Düsseldorf – Korrespondenz. Am 26.10.73, 20 Uhr fand in der Altstadt-Gaststätte 'Dunkekammer', einem Treffpunkt arabischer und afrikanischer Arbeiter, eine brutale Polizeirazzia statt.
11 Polizisten und 4 Zivile stürmten mit vorgehaltener Pistole das Lokal und schleppten 15 arabische Arbeiter aus Marokko, Tunesien und Palästina zu ihren Mannschaftswagen und dann ins Polizeigefängnis. Das Ganze verlief "ohne Kommentar", ohne Angaben von Gründen.**

Im Polizeigefängnis mußten sich die Verhafteten nackt ausziehen und wurden eine Stunde lang wie Schwerverbrecher visitiert.

Ein Tunesier wurde nackt ins Nebenzimmer geschleppt und 'verhört' – er weinte.

Danach Aufnahme von Personalien und Verhör aller Verhafteten. Natürlich einzeln.

Die Palästinenser wurden provokatorisch gefragt, ob sie nicht nach Hause fahren wollten, um gegen Israel zu kämpfen.

Einige Kollegen wurden um 4 Uhr früh, als weder Straßenbahn noch Busse verkehrten, auf die Straße gesetzt. 4 sind bis heute in Haft. Sie sollen wahrscheinlich abgeschoben werden.

Seit der Razzia sind jeden Tag Kripo-Spitzel in dem Lokal.

Ein Palästinenser aus Düsseldorf wollte am 2.11. seine Aufenthaltsgenehmigung verlängern lassen. Der Antrag wurde abgelehnt, die bestehende noch gültige Erlaubnis zerrissen und er zum sofortigen Verlassen des Landes aufgefordert. Das Ganze ohne Angaben von Gründen!

Die palästinensischen Freunde, die uns diese Vorfälle berichteten, baten um Verständnis, daß sie keine Namen nennen konnten, weil ihnen sonst ebenfalls Abschiebung droht.

Wir meinen, daß die Vorfälle zeigen, wie verlogen die Neutralitätsbekundungen der Bundesregierung gegenüber der israelischen Aggression sind. Sie sind ein Fetzen Papier, ebenso wie die 'gemeinsame Erklärung' der EG, die nur von der Furcht vor einem Ölboykott diktiert wurde.

Wir werden uns bemühen, die Namen und Haftvorwände der 4 arabischen Kollegen zu erfahren und für ihre Freilassung kämpfen!

Sofortige Einbürgerung des Genossen Sascha!

Der Kampf um die Aufenthaltsgenehmigung des Genossen Sascha, der im Sommer geführt wurde, hatte den Erfolg, daß seine Aufenthaltserlaubnis um 3 Monate verlängert wurde. Am 30. November läuft diese Genehmigung zum zweitenmal ab. Dann kann er jederzeit von der deutschen Polizei in den Iran abgeschoben werden.

Saschas Vater ist Perser – deshalb wird Sascha in seinem Paß als iranischer Staatsbürger bezeichnet. Aber: Sascha hat Persien nie gesehen. Er wurde in München geboren, dort ist er aufgewachsen, ging er zur Schule und begann eine Lehre. Er spricht kein Wort Persisch – sondern bayrisch, wie jeder andere Münchner auch.
Für alle seine Freunde, für jeden normalen Menschen ist klar: Sascha ist Deutscher.

Trotzdem haben die Behörden einen Antrag Saschas auf Einbürgerung abgelehnt. Warum?

Sascha ist Kommunist und arbeitet in der Roten Garde.

Das ist der Grund, weshalb die Behörden ihn nicht als Deutschen anerkennen. Denn solange Sascha den juristischen Stempel 'Ausländer' trägt, kann jederzeit auf ihn das reaktionäre Ausländergesetz angewendet werden, kann er jederzeit in den Iran abgeschoben werden.

Gleichzeitig wird er seit Monaten von Polizei und Justiz schikaniert:

Bei einer Vietnam-Demonstration fielen Polizisten brutal über Genossen her und schlugen sie teilweise krankenhausreif. Anschließend wurde gegen Genossen Sascha Anzeige erstattet wegen 'Körperverletzung'.

Die Münchner Demonstration zum Roten Antikriegstag bot einen weiteren Vorwand, um gegen Genossen Sascha vorzugehen. Die Justiz besorgte sich das Photo eines Mannes mit Helm, behauptete, das sei Sascha und erstattete Anzeige wegen 'illegalen Waffenbesitzes'.

Aus seinem Betrieb ist Sascha bereits nach der Vietnam-Demonstration entlassen worden. Ein Anruf der Münchner Staatsanwaltschaft genügte. Jetzt soll auf doppelte Weise gegen ihn vorgegangen werden: die Klassenjustiz will ihn einkerkern, mit Hilfe von juristischen Tricks soll ein deutscher Kommunist mit Hilfe des Ausländergesetzes abgeschoben werden.

Wir werden das nicht zulassen!

Freispruch für den Genossen Sascha!

Sofortige Einbürgerung!

Kristallnacht 1938

Am 9. November 1933, Reichskristallnacht. Im ganzen Reich wurden von den Faschistenbanden jüdische Synagogen in Brand gesteckt, jüdische Läden zertrümmert, tausende Juden verhaftet, geschlagen, ermordet. Für die Faschisten war dies der Auftakt zu den verbrecherischen Judenverfolgungen, zu millionenfachem Mord in deutschen Konzentrationslagern.



War es damals "der Jude", der angeblich "deutsche Frauen vergewaltigte, der für kriminelle Verbrechen verantwortlich gemacht wurde, der an der elenden Lage der Arbeiterklasse schuld sein sollte, so ist in es der heutigen faschistischen Hetze der ausländische Kollege. "Türkenterror bei Ford", "Deutsche Arbeiter kämpfen ihr Werk frei", "Gastarbeiter gegen Deutsche", "Ausländische Unruhestifter" usw.

Noch hat das Progrom nicht das Ausmaß der Hitlerfaschisten erreicht, aber das Ziel ist das gleiche: Den Kampf der Arbeiterklasse von ihrem Todfeind, dem Imperialismus, abzulenken. Aber 1973 ist nicht 1933. Genosse Ernst Aust sagte vor Gericht: Der Nazi-Propagandist Schleicher endete am Galgen. Wenn Springer so weiter macht, wird er dort ebenfalls landen – nur diesmal werden es nicht die Alliierten sein, die ihn aufhängen, sondern das deutsche Volk.

Fortsetzung von Seite 1

Streik bei Mannesmann

Phrasen vom "demokratischen Kampf zur Verteidigung des Streikrechts' sind reiner Hohn angesichts der Tatsache, daß es in dieser Demokratie der Kapitalisten für Streiks, die die Arbeiterklasse selbstständig führt, kein Streikrecht gibt.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Protestresolutionen, Solidaritätstelegramme, Geldsammlungen usw. können eine gute Unterstützung für den Kampf der Arbeiter im Betrieb sein. **Wer aber diese Dinge organisiert und gleichzeitig alles tut, um die Belegschaft vom Kampf abzuhalten, handelt als Feind der Arbeiterklasse, als Lakai der Konzernherren.**

Das zeigte sich deutlich an der Belegschaftsversammlung. Am Dienstag hatten die Konzernherren endgültig die Entlassung von 22 Kollegen ausgesprochen. Die Kollegen kamen zu der Versammlung in der Überzeugung: Jetzt wird der Streik organisiert! Gerade diese Belegschaftsversammlung aber zeigte, wie die Clique um den BR-Vorsitzenden Knapp und die D'K'P, unterstützt vom IGM-Bonzen Bulitz die Interessen der Kollegen verraten:

Ungeheure Wortradikalität, demagogisches Solidaritätsgeschrei sollten nichts anderes bewirken, als den Streik zu verhindern. Dabei gingen sie bereits davon aus, daß die 22 Kollegen endgültig entlassen sind. "Es kommt alles darauf an, die armen Familien zu unterstützen, die jetzt in Not und Elend leben müssen", so tönten sie. Für diese Herren ging es nicht mehr darum, die Entlassungen (damit auch die Not der Familien) zu verhindern Sie wollten nur die Kampfbereitschaft der Kollegen brechen. Ganz deutlich wurde das, als sie plötzlich ein Schild durch die Reihen gehen ließen, auf dem die Freischicht nach der Versammlung zu einer Protestkundgebung vor dem Verwaltungsgebäude aufgerufen wurde. Damit war praktisch gesagt: **Alle an die Arbeit, bis auf die, die ohnehin frei haben.**

Die Kollegen ließen sich zunächst durch das "wortradikale" Auftreten dieser Herren blenden. Der D'K'P-Riege und der Knapp-Clique war es gelungen, den Streik zu verhindern, ihren schmutzigen Verrat an den Interessen der Kollegen zu vollenden.

Die Demonstration des Solidaritätskomitees in Duisburg war dann nicht mehr als ein Trauerspiel. Die 5 000 Teilnehmer waren von der D'K'P aus allen Teilen NRWs zusammengekarrt worden. Hier zeigte sich: Wenn es gegen die Kommunistische Partei geht, dann ist die D'K'P tatsächlich zum Kampf bereit. Mit Fäusten und Fahnenstangen schlugen sie auf Genossen unserer Partei ein. Schließlich holten sie sogar die Polizei. Aber die Genossen ließen sich nicht davon abhalten, die Flugblätter zu verteilen, die klarstellten, wer die Verantwortung für die Niederlage der Kollegen trägt: **Nieder mit dem Verrat der D'K'P!**

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612. Postscheckkonto Essen, Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert). Tel.: 0 21 41 / 22 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg.
Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kurzarbeit bei Ford-Köln

Ab 26. November soll bei den Ford-Werken in Köln für eine Woche kurzgearbeitet werden. Betroffen von diesem Angriff der Ford-Kapitalisten sind 7 000 Kollegen. In der y-Halle (Endmontage), der FK-Halle (Preßwerk) und der X-Halle wird die Arbeit für eine Woche eingestellt. Für die Kollegen bedeutet das: Mindestens 30% weniger Lohn!

Schon seit einigen Monaten wird bei Ford scharf rationalisiert.

- nach den Betriebsferien im Juli wurden 450 Kollegen unter dem Vorwande, "Urlaubsüberschreitung" fristlos entlassen.
- 49 Kollegen wurde fristlos gekündigt.
- Fast tausend Kollegen wurden mit Kündigungsdrohungen unter Druck gesetzt, von sich aus zu kündigen.
- Weitere Kündigungen wurden gegen streikende Fordarbeiter verhängt. Einige Kollegen kündigten nach dem Streik selbst.

Insgesamt arbeiten damit heute bei Ford rund 2 000 Leute weniger, als noch im Juli. Das ist nichts anderes als eine schleichende Massenentlassung.

Gleichzeitig wird die Rationalisierungsschraube in den Betrieben angezogen. Mitte September traten bei Ford in der Polsterei Kolleginnen in den Streik, weil die Betriebsleitung Arbeiterinnen aus dieser Abteilung ans Band geschickt hatte. Die Arbeitshetze war unerträglich geworden.

In einen kurzen Streik traten auch Arbeiter der Osthalle (Trimm-Band) bei Ford, Kollegen waren von einer anderen Halle hierherverlegt worden. Ihnen war bei Schichtbeginn als Leistungssoll 310 Einheiten angegeben worden. Noch in der gleichen Schicht wurden aber 350 Einheiten verlangt.

Der Betriebsrat bei Ford, der schon beim Streik im Hernst den Kollegen in den Rücken gefallen ist, steht auch diesmal auf der Seite der Kapitalisten. Sein Vorschlag angesichts der angekündigten Entlassungen: Verhandlungen darüber, ob die Kurzarbeit nicht auf Weihnachten verlegt werden kann, damit es einen zusammenhängenden Urlaub gibt.

Arbeitslosenzahlen steigen

Nicht nur bei Ford, auch in anderen Betrieben schreitet die Rationalisierung voran. So ist der Anstieg der Arbeitslosenzahl in diesem Jahr der höchste seit 1962. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich von September auf Oktober um 47 700 auf 267 000. Die Arbeitslosenquote liegt zum ersten Mal seit Jahren bei 1,2%. Die offenen Stellen gingen insgesamt um 17,1% zurück, für ausländische Arbeiter sogar um 74,5%. Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich im Vergleich zum Vormonat auf 67 760 in 1001 Firmen erhöht und damit fast verdoppelt.



Arbeitslose vor dem Berliner Arbeitsamt Ende der 20er Jahre

Seit dem letzten Wahlkampf hieß es — friedlich bis drohend — Stabilitätsopfer müssen gebracht werden, um die Vollbeschäftigung zu sichern. "Stabilitätsopfer" sind uns genügend angeknöpft worden. Man denke nur an die jetzt angekündigten Preiserhöhungen bei der Post, an die Benzinpreise, die schon wieder steigen. Und was haben wir jetzt? Massenentlassungen und Kurzarbeit, von denen besonders die ausländischen Kollegen betroffen sind. Es sind immer die gleichen Schläge, die auf den Rükken der arbeitenden Bevölkerung niedergehen, wenn das Kapital sich auf eine drohende Krise vorbereitet.

Intrigantentum

Der Streik bei Ford und das Verhalten der verschiedenen Organisationen bei diesem Kampf ist in der revolutionären Bewegung breit diskutiert worden. Zu recht. Denn gerade bei diesem Streik, von den Kollegen selbständig aufgenommen, von einem massiv en Polizeiaufgebot und Terrormaßnahmen der Ford-Kapitalisten angegriffen, mußte sich deutlich zeigen, wer in der Lage ist, den ökonomischen Kampf revolutionär zu führen, und wer ihn zurückzerrt.

Die Linie der KPD/ML ist klar in der Parole zum 1.Mai dargelegt: Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung, Vereinigt euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger! Auf der Grundlage dieser Linie hat die KPD/ML das Verhalten der Führer der Gruppe Rote Fahne, die sich unverschämterweise 'KPD' nennt und das Verhalten der Streikleitung maßgeblich bestimmten, als opportunistisch kritisiert.

Die Führer der Gruppe Rote Fahne antworteten bisher mit keinem politischen Wort auf diesen Artikel. Stattdessen gingen sie mit der 'Geheiminformation' in der revolutionären Bewegung hausieren, die KPD/ML habe sich feige geweigert, in die Streikleitung einzutreten, habe überhaupt an diesem Streik hauptsächlich als Beobachter teilgenommen.

Tatsache ist, daß alle Genossen der KPD/ML und der Roten Garde mitgestreikt bzw. den Kampf aktiv unterstützt haben.

Tatsache ist allerdings auch, daß von unseren Genossen in diesem Kampf Fehler gemacht wurden. Der hauptsächliche Fehler war, daß sie die Ford-Kollegen nicht konkret auf den Einsatz der Polizei vorbereitet haben, in diesem Punkt von der Linie der Partei abgewichen sind. Diesen Fehler allerdings, der darauf beruht, daß noch Illusionen über den Klassenstaat bei den Genossen vorhanden waren, kritisieren die Führer der Gruppe Rote Fahne nicht. Genausowenig findet sich ein Wort der Selbstkritik dazu, daß sie mit ihrer pazifistischen Parole: Keine Provokation — dafür sorgten, daß die Polizei ungestraft provozieren und schließlich die Kollegen zusammenknüppeln und verhaften konnte.

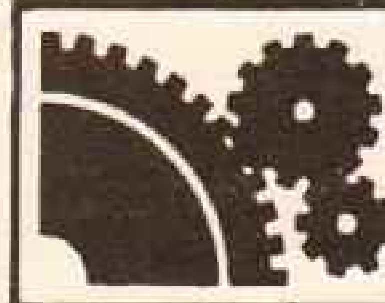
Offensichtlich steht für die Führer der Gruppe Rote Fahne die Frage anders als für echte Marxisten-Leninisten. Was sie allein interessiert, ist: Was hat die KPD/ML auf die Beine gebracht? Welche Linie bei dem Eingreifen verfolgt wird, ist für sie eine nebenrangige Frage.

Nur auf diesem Hintergrund ist auch die Lancierung ihres 'Geheimtips' zu verstehen.

Es entspricht den Tatsachen, daß ein Genosse der KPD/ML, von einem Vertreter der Patriotischen Einheitsfront befragt, ob er sich nicht der Wahl der Streikleitung stellen wolle, sich nicht traute, eine solche Aufgabe zu übernehmen. Das war falsch. "Krieg führen lernt man im Krieg", sagt Genosse Mao Tsetung. Auch ohne größere Erfahrung hätte der Genosse, gestützt auf die Massen und die Linie der Partei, die Aufgabe, die der Kampf stellte, übernehmen müssen. Der Genosse hat diesen Fehler eingesehen und sofort darauf in einer Sitzung der GO, bei der auch Vertreter der Gruppe Rote Fahne anwesend waren, im Namen der Partei Selbstkritik geübt. Hier erst erfuhren die Führer der GRF überhaupt vom Fehler der Partei.

Diese Selbstkritik hätte eine wichtige Hilfe für alle — auch für die Genossen der Gruppe Rote Fahne — sein können, um für die Führung des Kampfes zu lernen. Aber nichts da. **Den Führern der Gruppe Rote Fahne ging es offensichtlich nicht darum, für den Kampf zu lernen. Ihnen ging es darum, einen Vorwand zu finden, um die Partei zu bekämpfen.** Wie sonst läßt sich erklären, daß sie nach dem Artikel im Roten Morgen wie die Wilden über den Fehler der Partei herfielen, über die Selbstkritik aber kein Wort verloren und — was noch deutlicher zeigt, woher der Wind weht — auch nicht daran dachten, ihre eigene Politik in der Streikleitung zu überprüfen.

Der Streik bei Ford hat zum ersten Mal vielen Menschen gezeigt, daß die Kritik der KPD/ML an der opportunistischen Linie der Führer der Gruppe Rote Fahne keine über der Wirklichkeit schwebende Theoretisiererei ist, sondern ein harter Kampf darum, die Arbeiterklasse ohne unnötige Opfer zum Sieg zu führen. Die einzige Antwort der Führer der GRF: kleinbürgerliches Intrigantentum.





Arbeiterkorrespondenz

Kampf um wirkliche Jugendvertretung

Die Jungsarbeiter und Lehrlinge der Anker-Werke in Bielefeld kämpfen um eine von ihnen anerkannte Jugendvertretung. Die einst gewählte Jugendvertretung legte offen Rechenschaft vor den Kollegen ab. Dadurch geriet sie in Konflikt zum Betriebsrat, der sein Heil (sein ganz persönliches natürlich) in der Klüngelei mit der Geschäftsleitung sucht. In der Auseinandersetzung mit dem Betriebsrat zerbrach diese Jugendvertretung. Einige Mitglieder hatten Angst vor der Auseinandersetzung mit dem Betriebsrat. Zwei traten aus verschiedenen Gründen zurück. Da beschloß die Jugendvertretung den kollektiven Rücktritt.

Die Forderung der Kollegen hieß Neuwahl. Nachdem Peter, ein Mitglied der alten Jugendvertretung seinen Rücktritt zurückzog, ließ der Betriebsrat einfach die Reserve nachrücken. Statt die Forderung der Anker-Jugend nach Neuwahl zu erfüllen, wurde ihnen nun von oben einfach eine neue Jugend"vertretung" vorgesetzt.

Das war eine unerhörte Provokation für die Kollegen. Die Kollegin Thea, Lehrling im 2. Lehrjahr und noch in der Probezeit, hatte sich wie viele ihrer Kollegen für die Neuwahl einer Jugendvertretung eingesetzt. Sie wurde gefeuert. Das sollte eine Einschüchterung sein, aber es verriet auch die Muffe der Geschäftsleitung. Sofort wurden 80 Unterschriften für die Wiedereinstellung gesammelt. Netteistroth, der Vorsitzende dieser Jugendvertretung von Geschäftsleitungs Gnaden, ließ sie verschwinden.

Diese sogenannte Jugendvertretung ließ auch gleich erkennen, wes Geistes Kind sie ist. Sprüche wie "Wir sind seit drei Wochen an der Macht!" und "Was Ihr wollt interessiert mich nicht, ich richte mich nach dem Gesetz!" mußten sich die Kollegen anhören. Kein Wunder, daß die Kollegen stürmisch eine Jugendversammlung forderten. Kein Wunder, daß der Jungedvertretung eindeutig das Mißtrauen ausgesprochen wurde, obwohl der Betriebsrat alle Tricks der Abstimmungsmanipulation anwenden wollte.

Kein Wunder allerdings auch, daß diese Jungbonzen keinen Anlaß zum Rücktritt sahen. Sie fühlen sich stark, denn hinter ihnen steht die IGM-Ortsverwaltung. Mit der Androhung des Gewerkschaftsausschlusses verbot sie dem zurückgetretenen Jugendvertreter Thomas, sich öffentlich für eine Neuwahl einzusetzen. Die Jungbonzen wissen sich für diese Unterstützung zu revanchieren: Sie versuchen, die nicht gerade bonzenhörige Anker-Jugendgruppe der Ortsverwaltung ans Messer zu liefern, indem sie ihr über den Betriebsrat Sitzungsprotokolle zuspielen.

Aber die Anker-Jugend läßt nicht locker. In Bielefeld spielte auf einer Veranstaltung der IGM das Kollektiv "Rote Rübe" das Stück: "Stifte mit Köpfen". Fazit des Stückes: "Wenn Du in die Gewerkschaft gehst und die Gesetze kennst und ein bißchen aufmuckst, wird alles wieder gut!"

Für die Kollegen von Anker war das reiner Hohn. Sie legten Tatsachen auf den Tisch: Die kalte Absägung der Jugendvertretung die Entlassung der Kollegin Thea, der offene Verrat von IGM-Ortsverwaltung und Betriebsrat. Der Jugendsekretär Guntram Schneider von der Ortsverwaltung versuchte zu retten, was zu retten ist. Der DGB sei gar nicht so schlimm, mit Druck von unten könne man viel erreichen u.s.w. In Bielefeld sei in den letzten 20 Jahren keiner ausgeschlossen worden. Als aber prompt die Ausschlußverfahren gegen drei Kollegen der Anker-Jugendgruppe vorgebracht wurden, machte er gleich wieder einen Rückzieher.

Die Bonzen standen isoliert da. Die Arbeiterjugend läßt sich durch Ablenkungsmanöver wie "Stifte mit Köpfen" nicht mehr vom Kampf abhalten. Auch die Gewerkschaftsjugend ist auf dem Vormarsch zur revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die Anker-Jugend wird — unterstützt durch die Rote Garde — ihren Kampf entschlossen fortsetzen.

FÜR DIE NEUWAHL DER JUGENDVERTRETUNG!

BRECHT DIE FESSEL DES BVG!

GEGEN DIE POLITISCHE ENTLASSUNG DER KOLLEGIN THEA!

GEGEN DIE POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG VON KOMMUNISTEN UND FORTSCHRITTLICHEN KOLLEGEN BEI ANKER!

Vorstand völlig isoliert

Mitgliederversammlung IG Druck & Papier Hamburg

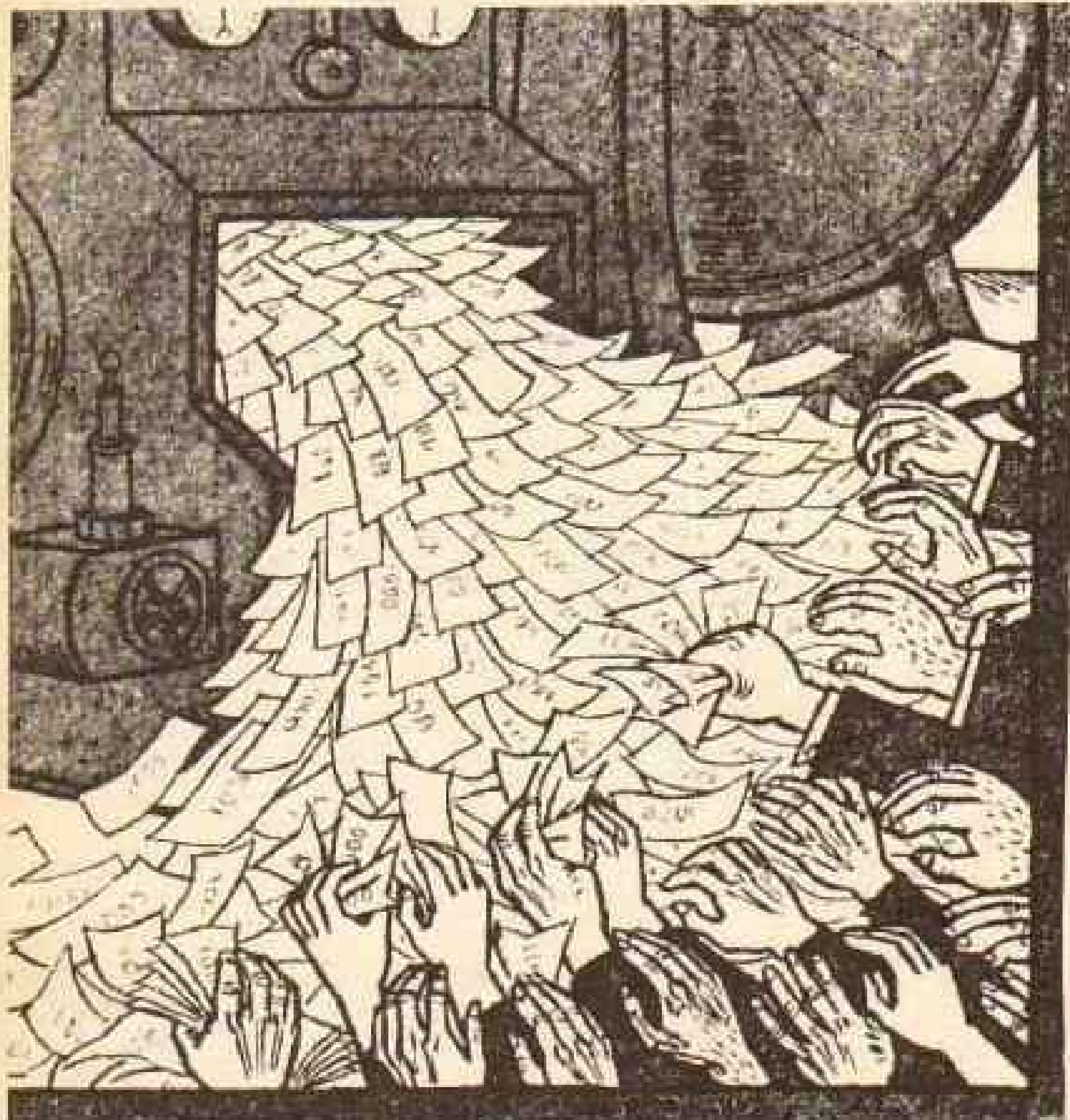
Den Kollegen stand es schon lange bis zum Hals. Ob es um Forderungen nach höheren Schichtzulagen ging, um den Protest der Kollegen gegen den letzten Tarifabschluß, den Kampf gegen Gewerkschaftsausschlüsse von kommunistischen und anderen klassenkämpferischen Kollegen oder um die Forderung nach praktischer Solidarität mit dem Kampf der chilenischen Klassenbrüder: immer wieder mußten sie erleben, wie der Ortsvorstand mit Heinz Wolf an der Spitze ihre Interessen verraten, bekämpft und mit Satzungsformalitäten abgewürgt hatte.

Am 29.10. war dann der Ofen aus. Die Kollegen forderten den Ausschluß von Rolf Jürgensen, dem 1. Vorsitzenden des Betriebsrats der Axel Springer AG. Jürgensen denuzierte Betriebsratsmitglieder als Kommunisten und sorgte für ihren Rausschmiß, er arbeitete mit der Geschäftsleitung bei der Ermittlung der im letzten Streik aktivsten Kollegen zusammen und setzte sich für deren Entlassung ein. Er löste in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung den Betriebsrat auf, weil er "kommunistisch unterwandert sei". Vorschlagslisten klassenkämpferischer Kollegen für die Betriebsratswahl scheint er glatt unterschlagen zu haben. Auf die Seite dieses Verräters schlug sich der Ortsvorstand: Gleich und Gleich gesellt sich gern! Aber ein Kollege stand auf: "Entweder Jürgensen geht oder ich!"-"Dann gehe ich auch!"- "Ich auch" — Mehr als zwei Drittel der 200 Kollegen verließen unter lautem Protest dem Saal. Der Vorstand und einige unsichere Kollegen blieben allein. . . Die Kollegen aber gingen nicht nach Hause. Sie setzten die Versammlung in einem anderen Saal des Gewerkschaftshauses fort. Ohne das reaktionäre Satzungsgefasel des Vorstandes verabschiedeten sie Resolutionen gegen den Vorstand und gegen Rolf Jürgensen. Über 300,-DM wurden zur Unterstützung des Kampfes der chilenischen Klassenbrüder gesammelt. Den Kollegen ist an diesem Abend klar geworden: **die Einheit der Gewerkschaftsbewegung wird nicht von Kommunisten, sondern von der DGB-Führung gespalten, die in der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und dem imperialistischen Staat die Interessen der Arbeiter von Grund auf verrät.** Sie haben gegen die Verräter in den eigenen Reihen Front gemacht. Das ist ein erster Schritt.

Vorwärts beim Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Inflation - unheilbare Krankheit des Kapitalismus

Steigende Preise und sinkende Reallöhne, ständige Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des werktätigen Volkes – das sind die Auswirkungen der Inflation für die Arbeiterklasse. Mehr als hunderttausend Kollegen haben in diesem Sommer für Teuerungszulagen, für mehr Lohn gekämpft. In diesen Kämpfen stellte sich die DGB-Führung offen gegen die kämpfenden Kollegen. Ihr Verrat, ihr Paktieren mit den Kapitalisten wird die westdeutsche Arbeiterklasse nicht vom entschlossenen Kampf gegen die Auswirkungen der Inflation abhalten. Das wird sich auch in den kommenden Tarifrunden zeigen.



In dieser Situation, in der immer breitere Teile der Arbeiterklasse erkennen, daß sie ihre Interessen nur im Kampf gegen Kapitalisten, kapitalistischen Staat und DGB-Apparat durchsetzen können, tritt die D'K'P in den Betrieben, in Gewerkschafts- und Vertrauensleuteversammlung mit der Forderung nach Preisgleitklauseln in den Tarifverträgen auf. Was ist von dieser Forderung zu halten? – **Ist die Preisgleitklausel wirklich das Ei des Kolumbus, das einerseits ein Sinken der Reallöhne verhindert und andererseits, der Arbeiterklasse die schweren und harten Streikkämpfe gegen die Auswirkungen der Inflation erspart?** – Darauf laufen die Sprüche ja hinaus, mit denen die Herren von der D'K'P uns die Preisgleitklausel schmackhaft machen wollen.

Die Sache scheint ganz einfach zu funktionieren: DGB-Führung, Kapitalisten und Vertreter des Staates als 'Neutrale' setzen sich an einen Tisch und wenn die Preissteigerungen einen gewissen Gard erreicht haben, werden einfach die Löhne entsprechend erhöht. Wenn man das so hört, merkt man sehr schnell, daß die Sache verschiedene Haken hat: **Derselbe kapitalistische Staat, der seine Polizei gegen streikende Kollegen aufmarschieren und losknüppeln ließ, soll plötzlich in die Jacke des 'neutralen Vermittlers' passen? Die gleiche DGB-Führung, die sich offen gegen die kämpfenden Kollegen gestellt hat, soll plötzlich unsere Interessen wieder vertreten? Die gleichen Kapitalisten, die noch keinen Pfennig kampflos herausgerückt haben, sollen plötzlich auf ein paar gute Worte hin die Löhne erhöhen?**

Was ist überhaupt Inflation?

Unser Geld – ob aus Metall oder Papier – hat an sich keinen großen Wert; – höchstens den Herstellungswert. Richtig wertvoll wird das Geld erst in dem Augenblick, in dem man es gegen nützliche Produkte eintauschen kann, wenn es also gedeckt ist. Wenn die im Umlauf befindliche Geldmenge immer nur um den Satz erhöht wird, um den sich auch die Menge der erzeugten Produkte erhöht hat, behält das Geld seinen Wert, die Währung bleibt stabil. Wenn dagegen die Geldmenge wie z.B. in der Bundesrepublik von 1968 bis 1971 um 51% erhöht wird, während die Menge der erzeugten Güter sich nur um höchstens 22% erhöht hat, sinkt der Wert des Geldes. Das genau heißt Inflation: Geld wird in Umlauf gebracht, dem keine realen Werte gegenüberstehen.

Wo liegt die Ursache für die Inflation?

Allgemein gesprochen kann man sagen, daß die Ursachen für die Inflation im Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems – dem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital – begründet liegt. Die Millionenmassen der Werktätigen schaffen gemeinsam allen Reichtum der Gesellschaft, den sich die Kapitalisten dann aber privat aneignen. Die Inflation ist eine Folge der grenzenlosen Jagd der Kapitalisten nach immer größeren Profiten.

Das gegenwärtige Stadium des Kapitalismus – der Imperialismus – ist gekennzeichnet durch die Herrschaft der Monopole. Nicht mehr die kleinen Kapitalisten, die in ständigem Konkurrenzkampf mit anderen Kapitalisten lebten, führen das Zepter, sondern die Finanzoligarchie, die aus der Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital entstanden ist. Sie ist nur auf eines aus: den höchst möglichen Profit, den Maximalprofit, zu erzielen. Zu diesem Zweck hat sie den Staat noch stärker und unmittelbarer zu ihrem Instrument gemacht als das im Konkurrenzkapitalismus der Fall war. Noch mehr dient ihnen der Staat als Unterdrückungsinstrument, zur Sicherung ihrer Herrschaft über die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk. Während der Staat im Konkurrenzkapitalismus aber nicht direkt in die Wirtschaft eingriff, sondern die wirtschaftliche Entwicklung dem 'freien Spiel der Konkurrenz' überließ, benutzen ihn die Monopole jetzt zu direkten, einheitlichen Eingriffen in die Wirtschaft. Der kapitalistische Staat ist zum monopolkapitalistischen Staat geworden. Die enge Verbindung zwischen Finanzoligarchie und Staatsapparat geht so weit, daß Finanzmagnaten Posten im Staatsapparat übernehmen. So war Mommsen Vorstandsvorsitzender bei Thyssen, wurde Staatssekretär im Kriegs-, Wirtschafts- und Finanzministerium und dann saß er bei Krupp im Vorstand.

Täglich lesen wir in der Zeitung, wie die Imperialisten ihren Staat direkt durch 'Konjunkturspritzen, Restriktionspolitik' usw. in ihrem Sinne in den Wirtschaftsablauf eingreifen lassen. Darum ist es auch nicht weiter verwunderlich, wenn wir bei der Untersuchung der wichtigen inflationstreibenden Faktoren feststellen werden: der imperialistische Staat ist der Inflationstreiber Nr. 1.

WAS SIND DIE WICHTIGSTEN FAKTOREN, DIE DIE INFLATION ANHEIZEN?

1. Die Rüstung.

Unter der Regierung Brandt erleben wir die höchste Steigerung des Rüstungsetats seit Bestehen der Bundesrepublik. Offene und versteckte Posten zusammengerechnet, machen die Rüstungsausgaben rund 40% des Staatshaushaltes aus. Immere größere Bereiche der Industrie dienen direkt oder indirekt der Kriegsproduktion.

Warum betreiben die Imperialisten diese wahnwitzige Rüstung?

Wir haben festgestellt, daß die Jagd nach Maximalprofiten kennzeichnand für den Imperialismus ist. Dafür benötigen die Imperialisten ständig neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte. Sie dringen in Länder der 3. Welt ein, plündern deren Bodenschätze, beuten die Bevölkerung aus und verkaufen die Fertigprodukte zu überhöhten Preisen. Wie Räuber in der Regel eine Waffe bei sich tragen, brauchen sie dazu die Armee, die sie auch – wie das Beispiel der Amis in Vietnam zeigt – skrupellos einsetzen.

Außerdem ist es so, daß die imperialistischen Länder selbst in scharfer Konkurrenz zueinander stehen. Sie entwikkeln sich ungleichmäßig. Vormals schwächere imperialistische Länder beginnen die einstmals vorherrschenden zu überflügeln. Sie wollen die Welt neu aufteilen und die Imperialisten fangen wie die deutschen Imperialisten 1914 und 1939 einen Krieg an.

Aber die Imperialisten rüsten noch aus einem 3. Grund wie verrückt. Der Imperialismus ist nämlich nicht nur das höchste Stadium des Kapitalismus, er ist auch sein letztes. Er ist der faulende, parasitäre Kapitalismus. Er ist der Vorabend der proletarischen Revolution. **Dieses Wissen, ihre Angst um die unvermeidlich heraufziehende proletarische Revolution läßt die Imperialisten wie wild gegen die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk rüsten, um ihre morsche Herrschaft gegen den Ansturm der proletarischen Revolution zu verteidigen.**

Warum wirkt die Rüstung inflationär?

Darum, weil die Produktion von Kriegswaffen, Munition, Kasernen, Uniformen keine Schaffung von Werten bedeutet, sondern im Gegenteil die Vernichtung von gesellchaftlichem Reich-u tum. Geld wurde in Umlauf gesetzt, aber die seiner Deckung entsprechende Produktenmenge bringt der Gesellschaft keinerlei Nutzen. Sie rostet im Kasernenhof dahin oder wird in Kriegen vernichtet. Für die Monopole bringt die Rüstungsindustrie allerdings riesige Gewinne.

2. Die Monopolpreise.

Die starke Stellung der Monopole gibt den Imperialisten die Möglichkeit, höhere Preise zu erzwingen als die dem tatsächlichen Wert der Produkte entsprechenden Durchschnittspreise. Diese Monopolbildung führt dazu, daß die in Umlauf gesetzte Geldmenge höher ist als der Wert der erzeugten Produkte.

3. Die Exportüberschüsse.

Auf Grund der sich immer mehr verschlechternden wirtschaftlichen Lage des werktätigen Volkes können längst nicht alle Waren, die in der Bundesrepublik produziert werden, von der Bevölkerung gekauft werden. Die Imperialisten verkaufen deshalb nicht etwa zu niedrigen Preisen, sondern sie exportieren diese Waren und verkaufen sie ins Ausland. Die westdeutschen Imperialisten exportieren bei weitem mehr als sie importieren. 1971 betrug der Exportüberschuß 15,9 Milliarden. Das ist Geld, für das keine Waren als Deckung da sind.

4. Subventionierungen.

Der imperialistische Staat stützt ganze Wirtschaftszweige (wie z.B. den Bergbau). Auf deutsch gesagt schmeißt er es – wie das Beispiel Bergbau gut zeigt – den Monopolherren in den Rachen. Das hierfür in Umlauf gesetzte Geld ist ebenfalls inflationär, weil ohne Deckung.

5. Kredite.

Der Kreditumfang stieg in Westdeutschland von 1965 bis 1972 von 107 auf 205 Milliarden Mark. Auch hier wird Geld ohne Deckung in Umlauf gesetzt.

6. Der zwangsweise Aufkauf von Spekulationsgeldern.

Die bürgerliche Presse und die D'K'P-Revisionisten reden in diesem Zusammenhang ständig von 'importierter Inflation'. Wir haben hier schon hinreichend beweisen, daß die Inflation ihre Ursache in den inneren Widersprüchen des westdeutschen Imperialismus hat. Allerdings wirkt der Aufkauf von Dollars usw. natürlich inflationär. Er bedeutet eine zusätzliche Verschärfung der Inflation. Das Gerede der Revisionisten von der 'importierten Inflation' soll nur Illusionen schaffen, wie herrlich leicht der Imperialismus doch zu reformieren ist.

7. Die Stationierungskosten der Besatzerstreitkräfte.

Genau wie die Ausgaben für die Bundeswehr sind natürlich auch die von den US-Imperialisten erzwungenen Ausgleichszahlungen inflationär.

Wie wirksam ist die Preisgleitklausel?

Nachdem wir die wichtigsten Inflationsfaktoren untersucht haben, können wir uns wieder unserer Ausgangsfrage zuwenden: Wie können wir die Auswirkungen der Inflation bekämpfen? – Daß es mit der Wunderwaffe Preisgleitklausel nichts ist, liegt auf der Hand:

Dieser Vorschlag der D'K'P-Revisionisten würde darauf hinauslaufen, daß wir einer Versammlung unserer schlimmsten Feinde vertrauen sollen.

Der von der D'K'P gepriesene neutrale Vermittler – der imperialistische Staat – ist in Wirklichkeit Inflationstreiber Nr.1 im Auftrag der Monopole. Wie wir gesehen haben, war der Staat in der Geschichte der Menschheit noch nie so wenig neutral wie jetzt in der Epoche des Imperialismus.

Die DGB-Führung, die in dieser sauberen Gesprächsrunde unsere Interessen vertreten soll, ist mit den Imperialisten untrennbar verbunden. Das hat sie in den vergangenen Kämpfen eindeutig gezeigt: sie ist ein Feind der Arbeiterklasse. Ganz abgesehen davon, daß sie über ihren eigenen Konzern selbst Monopolpreise diktiert und fleißig von der Inflation profitiert.

Für uns gibt es nur einen Weg, den Kampf gegen die Auswirkungen der Inflation zu führen: den konsequenten Kampf für mehr Lohn. Diesen Weg haben in diesem Sommer schon über hunderttausend Kollegen beschritten. In diesen Kämpfen werden wir nicht nur die Kapitalisten selbst zum Gegner haben, an ihrer Seite wird der DGB-Apparat stehen und die modernen Revisionisten von der D'K'P, die immer versuchen werden – wie zum Beispiel mit der Parole von der Preisgleitklausel – uns vom einzig richtigen Weg abzulenken: dem Weg des entschlossenen Kampfes Klasse gegen Klasse.

In diesen Kämpfen werden die Kapitalisten die Polizei auf uns hetzen. Sie werden versuchen, die Streiks mit brutaler Gewalt wie bei Ford zusammenzuschlagen. Die bürgerliche Presse wird wie wild gegen uns hetzen. Sie werden Kollegen vor die Justiz zerren. Es wird sich herausstellen: diese sogenannte Demokratie ist nichts weiter als die Diktatur der Kapitalistenklasse.

Wie dieser Kampf, der Kampf um unsere Tagesinteressen geführt werden muß, hat unsere Partei in der diesjährigen Hauptparole zum 1.Mai ausgedrückt:

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG! VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

Warum muß dieser Kampf revolutionär geführt werden?

Wir haben bis jetzt die Inflation als völlig isolierte Erscheinung des imperialistischen Systems betrachtet. Als ob die Inflation das einzige Übel des Imperialismus wäre.

Der konsequente Kampf für unsere Tagesinteressen kann die Auswirkungen der Inflation für uns für einige Zeit mildern. Aber er kann die Gesetzmäßigkeiten des imperialistischen Systems nicht aufheben.

Diese Gesetzmäßigkeiten heißen: Krise, Kurzarbeit, Massenarbeitslosigkeit, absolute Verelendung der Arbeiterklasse, Faschismus und Krieg.

Dieser Entwicklung können wir nur durch die proletarische Revolution zuvorkommen. Darum müssen wir die Tageskämpfe heute revolutionär führen, als Vorbereitung und Schule für den entscheidenden Kampf um die Eroberung der politischen Macht in der proletarischen Revolution. Mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats, mit dem Aufbau des Sozialismus werden wir imperialistische Krise und Inflationen beseitigt haben.

– Anzeige –



100 Seiten, Din A 5, Preis: 3,50 DM.

Auslieferung:
GESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG
DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS
(Publikationen aus der VR China und der VR Albanien)

2000 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheck Hmb 1935 72 – 207
Tel.: 04o / 4 10 17 36

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Brasilien - Das Volk greift zum Gewehr

In der Sendereihe 'Aus der Front des Befreiungskampfes der Völker' berichtete Radio Tirana über die jüngsten Kämpfe des brasilianischen Volkes gegen die Medici-Diktatur. In der Sendung heißt es:

"Nachrichtenagenturen geben bekannt, daß sich der Partisanenkampf in Brasilien rasch ausbreitet. Die Partisanenkräfte haben ihre Angriffe auf die Truppen des Medici-Regimes verstärkt. Am 3. Oktober griff ein Partisanenverband den Polizeiposten zwischen den Ortschaften Maraba und Santa Isabel an. Er tötete dabei mehrere Feinde und erbeutete auch eine Menge Waffen. Die Diktatur schickte sofort Verstärkung in diese Zone, um die Partisanen zu liquidieren bzw. gefangenzunehmen. Jedoch ohne Ergebnis. Mitte September hatten die Partisanen mit den Regierungstruppen in der Nähe des Araguaya-Flusses einen Zusammenstoß. Sie schlugen sich tapfer und verwundeten 15 dieser Soldaten.



Armenviertel in Rio de Janeiro



Demonstration des Volkes gegen die Diktatur, Rio 1968.

Damit die Mobilisierung und Organisierung der Massen im Kampf möglichst noch besser organisiert wird, wurde in letzter Zeit die Massenorganisation "Union für Freiheit und Rechte des Volkes" gegründet, die in den Staaten Goys, Para, Maranjyu und Mato Grosse aktiv ist. In dieser Bewegung werden Werktätige der verschiedenen Schichten, Bauern, Arbeiter, Studenten und andere, erfaßt. Die Organisation verfügt über ein 28-Punkte-Programm. Sie veröffentlichte auch das Dokument: "Zur Verteidigung der armen Bevölkerungsschichten und für den Fortschritt in den tiefliegenden Zonen des Landes." In diesem Dokument wird das schwere und elende Leben der Einwohner dieser Gegenden analysiert, der Ursprung dieses Elendes erklärt und der Weg gezeigt, wie man es beenden kann. Dieser Weg ist der revolutionäre Kampf.

Zur Gründung dieser Organisation schreibt die Zeitung "A Classa Operaria", Organ des ZK der KP Brasiliens: "Der Ausbruch des bewaffneten Kampfes im Süden von Para und die Bildung der "Union für Freiheit und Rechte des Volkes" sind ein klarer Beweis der großen Möglichkeiten, die zur Entfaltung des Kampfes in den Dörfern bestehen. Vereinigt sind die Massen fähig, den Feinden die Stirn zu bieten und den Sieg über sie davonzutragen."

Die Partisanenbewegung in Brasilien erweiterte sich besonders seit dem April des vergangenen Jahres, als die Diktatur eine breite Kampagne von Verhaftungen und Hinrichtungen von Patrioten entfesselte. Ein Führer der Partisanenbewegung erklärte in letzter Zeit, die Partisanen seien darauf vorbereitet, den Angriffen der Regierungstruppen die Stirn zu bieten. Ihre Reihen verstärken sich von Tag zu Tag mit Arbeitern, Bauern, Studenten u.a.

Ein klarer Beweis für die Verstärkung des Befreiungskampfes des brasiliansichen Volkes und der Zunahme der Partisanenkräfte ist die Veröffentlichung des militärischen Statuts der Partisanen-Streitkräfte, das in letzter Zeit in ganz Brasilien zu finden ist. Das Statut hat einen demokratischen und volksmäßigen Charakter. Darin sind die Rechte und die Aufgaben sowohl der einfachen Partisanen als auch der führenden Kader, auf Grund des Demokratischen Zentralismus verankert. Hauptaufgabe der Partisanenkräfte - dem Statut gemäß - ist der Kampf bis zuletzt gegen die faschistische Diktatur Medicis und die Verteidigung der werktätigen Massen von Stadt und Land. Im Statut ist ferner die innere militärische Ordnung, angefangen von kleineren Formationen bis hin zu den Großen enthalten.

Angesichts dieser Lage unternimmt die Diktatur große Anstrengungen, um den Partisanenkampf zu drosseln, der sich im großen Amazonastal ausgebreitet hat. Zu diesem Zweck entsandte das Regime vor einigen Monaten große militärische Verstärkungen, um einige Säuberungsaktionen zu unternehmen. In den Staaten Goys und Mato Grosso hat das Regime vier Infanterie-Garnisonen, stationiert, die eigens für den Antipartisanenkrieg gedrillt sind, darunter auch Sonderkräfte der Polizei. Die Strassen Trans-Amazonas und Para-70 befinden sich unter starker Polizeikontrolle. Alle Fahrzeuge, die diese Straßen benützen, und sämtliche Passagiere werden scharf kontrolliert. Die Zensur über die Presse und die anderen Informationsmedien wurde noch mehr verstärkt. Die Kommentierung der Ereignisse in Para ist strengstens verboten. Willkür und Terror werden überall ausgeübt, vor allem in den Dorfgegenden, wo die Partisanenkräfte wirken. Da die Bevölkerung die Partisanen unterstützt, verstärken die Unterdrückungs-Schergen die Verfolgungen unter der Bauernschaft. Sie stecken brutal Bauernhäuser in Brand, sie verwenden auch Napal-Bomben. Die Einwohner der Stadt Maraba und einiger anderer Städte am Ufer des Tonkantina-Flusses und Araguayas werden ständig beschattet und man verhaftet sie beim geringsten Verdacht.

Die Maßnahmen des faschistischen Regimes aber, um den Partisanenkampf niederzuzwingen, und besonders die Verfolgungen und der Terror gegenüber der Bevölkerung sind auf den entschlossenen Widerstand der Massen gestossen. Diese schließen sich im bewaffneten Kampf gegen das faschistische Regime des Diktators noch enger zusammen. **In letzter Zeit protestierten zweitausend Bauern gegen die gewaltsame Enteignung ihres Bodens und gegen die unmenschlichen Lebensbedingungen in Kontschatschao de Araguayas. Sie beschuldigten die regionale Delegation des Nationalen Instituts der Agrar-Reform in Araguayas wegen offener Zusammenarbeit mit den Groß grundbesitzern.**

Griechenland

Demonstranten trotzen Polizeiterror

Am 4.November versammelten sich aus Anlaß des fünften Todestages des ehemaligen griechischen Ministerpräsidenten Papandreu über zehntausend Menschen auf dem ersten Athener Friedhof und in den angrenzenden Straßen. Daraus entwickelte sich eine machtvolle Demonstration gegen das faschistische Militärregime in Griechenland, das sich in letzter Zeit ein 'ziviles' Mäntelchen umgehängt hat, um den Widerstand des Volkes gegen die faschistische Knechtung zu dämpfen. Dieser Versuch schlug fehl.

Unter den Losungen "Demokratie" – "Freiheit" – "Nieder mit Papadopoulos" – "Ami go home" formierten sich die Teilnehmer zum Marsch auf den Verfassungsplatz, wo die meisten Regierungsgebäude liegen. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Demonstranten. Über 60 Menschen wurden verletzt. **Die Demonstranten schlugen zurück: sie errichteten eine Barrikade und bewarfen die Polizei mit Steinen.**

Unzählige illegale Demonstrationen und Streiks rütteln immer wieder an der Macht der Generale. So auch dieses Jahr die Demonstration zum sechsten Jahrestag des Putsches am 21.April und die Streiks der Drucker und tausender anderer Arbeiter, die trotz Androhung von Gefängnis, Folter und KZ-Inseln durchgeführt wurden.

Dieser Kampf richtet sich gegen den Terror der faschistischen Generalsclique, die im Sold der US-Imperialisten steht, und gewährleisten soll, daß Griechenland den US-Imperialisten als Stützpunkt bei der Beherrschung des Mittelmeerraumes zur Verfügung steht. Der Kampf richtet sich gegen die Ausbeutung der Arbeiter und Bauern und die Plünderung der Bodenschätze des Landes durch ausländische Imperialisten, allen voran die US-Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten (Siemens, Hoesch, Krupp, AEG etc.) und gegen die kapitalistischen Übel, die sie nach Griechenland gebracht haben: Inflation (20%), wachsende Arbeitslosigkeit und Verelendung der Arbeiter und Bauern.

Das Anwachsen dieser Kämpfe zwang das Militärregime, ein sogenanntes 'Zivilkabinett' mit dem Verräter Markezinis einzusetzen, der aus den Reihen der bürgerlichen Demokraten zur faschistischen Militärjunta überlief.

Doch Markezinis ist nicht der einzige Verräter. **Noch gefährlicher, weil als 'kommunistisch' getarnt, ist der Verrat der revisionistischen 'Kommunistischen 'Partei, die überall in Griechenland bemüht ist, den Kampf in legalen Grenzen zu halten und sich nicht scheut, in Verfolgung dieses Zieles Fortschrittliche und Revolutionäre an die faschistische Polizei zu denunzieren.** Aber der Kampf des Volkes wächst weiter an und niemand kann ihn aufhalten. So fand die Polizei für die 17, bei der Demonstration am 4. November Festgenommenen, denen der Prozeß gemacht werden soll, keinen einzigen Zeugen aus der Bevölkerung. Als Zeugen treten 37 Polizisten auf, bezahlte Knechte des Faschismus.

Gegen diesen Schandprozeß erhoben sich am 8. November 2.000 Studenten. Sie marschierten zum Justizgebäude und lieferten der massenhaft angerückten Polizei stundenlange Straßenschlachten.

Fortsetzung von Nr. 44

Anklagerede des Genossen Emst Aust vor Gericht

Eure Wahrheit ist nicht unsere Wahrheit!

Was den anderen gegen mich erhobenen Vorwurf, der angeblichen "Verherrlichung von Mordtaten", betrifft, gemeint sind die Bombenanschläge im letzten Jahr auf die amerikanischen Truppen-Hauptquartiere in Frankfurt und Heidelberg, so sind sie ebensowenig Mordtaten wie der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-imperialistischen Aggressoren.

Der USA-Imperialismus ist eine der raubgierigsten, aggressivsten Mächte der Welt, die seit Ende des letzten Weltkrieges zahlreiche Verbrechen gegen die Völker, ob in Korea, Persien, Guatemala, der Dominikanischen Republik, Haiti, Kongo, Kuba, Bolivien, Indonesien, Libanon, Indochina, Chile u.s.w. beging. Zusammen mit der anderen imperialistischen Supermacht, dem sowjetischen Sozialimperialismus, mit dem er einerseits zusammenarbeitet, wie das neuerliche, gegen die arabischen Völker gerichtete Komplott beweist, andererseits aber um Hegemonie und Weltherrschaft ringt, unterdrückt er die Völker der Welt.

Immer größer wird die Zahl der Völker, die sich im Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen und die Macht- und Kanonenbootpolitik der zwei Supermächte zusammenschließen. Auch das deutsche Volk wird sich, und das ist so sicher wie das Amen in der Kirche, einreihen in diese Front der gegen die Herrschaft der Supermächte kämpfenden Völker. Es wird ihre Truppen, die sie auf dem Boden unserer Heimat stationiert haben, davonjagen und den Zusammenschluß unseres Vaterlandes in einem einigen, unabhängigen, sozialistischen Deutschland erkämpfen. Nur in diesem Rahmen, im Rahmen des Kampfes der Völker der Welt gegen den mörderischen USA-Imperialismus, der kurz zuvor die Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam wieder aufgenommen hatte, sind die Bombenanschläge von Frankfurt und Heidelberg zu verstehen. Sie waren Kriegshandlungen gegen eine imperialistische Macht.

Als solche hat der ROTE MORGEN sie erklärt und gutgeheißen. Geradezu infam ist es, wenn mir in der Urteilsbegründung unterstellt wird: "Er vergißt in seiner maßlosen Überheblichkeit das Recht der betroffenen Menschen, der amerikanischen 'Landser', auf ihr Recht zum Leben. Er überspielt sein Gewissen, das ihn zum Miteinander mahnt, zum Miterleiden der Schmerzen der Bombenopfer und ihrer Angehörigen, also zum Ethos der Barmherzigkeit."

Wenn hier schon von Gewissen die Rede ist, dessen Freiheit mir angeblich im Artikel 4 Absatz 1 des Grundgesetzes garantiert ist, so möchte ich doch einmal umgekehrt die Frage stellen: **Wo war denn ihr Gewissen, Herr Richter, als in Vietnam zu hunderttausenden die Bomben fielen — mehr als im 2. Weltkrieg insgesamt — und unschuldige Greise, Kinder und Frauen zerfetzten?** Die vier amerikanischen Offiziere und GI's, die bei den Bombenangriffen in Heidelberg und Frankfurt ums Leben kamen, waren Soldaten, Soldaten einer Aggressionsarmee, die hier auf deutschem Boden für ihren Einsatz in Vietnam gedrillt wurden. Naturlich haben sie, wie jeder Mensch ein Recht auf Leben. Aber wer stiehlt es ihnen denn? Doch nicht die, die sich gegen Unterdrückung und Versklavung wehren, die, die sich mit ihnen in der Aktion solidarisieren, sondern die, die sie zur Unterdrückung und Versklavung anderer Völker auf die Schlachtfelder der Kriege schicken. **Wir sind keine Pazifisten und Friedensfrömmler. Wir werden der konterrevolutionären Gewalt der herrschenden Klasse stets die revolutionäre, die gerechte Gewalt der Unterdrückten und Ausgebeuteten, des Volkes entgegensetzen!**

Das Gewissen westdeutscher Richter mag weit genug sein, die millionenfachen Bombenopfer in den imperialistischen Kriegen ihrer kapitalistischen Herren für nicht erwähnenswert zu halten. Ihre, die Barmherzigkeit ihrer kapitalistischen Auftraggeber ist — wie die Geschichte beweist — die eines Mörders, der seinem Opfer den Fangschuß verpaßt. **Das Gewissen eines Kommunisten verpflichtet ihn, solidarisch mit allen Ausgebeuteten, Hungernden, Geschundenen dieser Welt, sich — wenn es sein muß — mit der Waffe in der Hand, gegen Versklavung, Unterdrückung und konterrevolutionären Terror zu Wehr zu setzen.**

Aber kommen wir zum Grundgesetz zurück. In Artikel 5 Absatz 1 heißt es dort: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt." — Eine Zensur nicht, aber ein Strafverfahren, wenn man etwas schreibt, was den in der Bundesrepublik Herrschenden nicht in den Kram paßt. Zwar heißt es in der Urteilsbegründung, daß mir eine "sachliche Kritik jederzeit offen bleibt", was aber eine solche sachliche Kritik ist, entscheidet offenbar das Gericht. So heißt es: "Uferlose Verallgemeinerungen wie u.a. 'Die Mörder sitzen in Bonn' ... sind als Beweisbehauptungen jedoch keinem Beweis zugänglich. Sie sind auch in sich widersinnig, da eine ethische Bewertung nur an einem mit freiem Willen begabten Individuum nicht an einer Gruppe ausgerichtet werden kann."

Das heißt ja denn wohl in der Praxis, daß man vor allem die Klasse der Kapitalisten, das kapitalistische, das imperialistische System als solches nicht angreifen darf. Wie überhaupt das Gericht zur Frage der Klassen eine recht eigenartige, an die Terminologie des Faschismus erinnernde Einstellung hat. Da heißt es in der Urteilsbegründung: "Klassenunterschiede wird es nach der menschlichen Struktur vermutlich immer geben, sei es nach Geblüt, Geld, Macht, Funktion — sie paradiesisch auszulöschen, ist ein moralisches Anliegen. Klassengegensätze zu propagieren und zu schüren, führt zur Gewalt, Terror und Unterdrückung, die in einem freiheitlichen Staat keinen Platz haben, in welchem der Verstand zu regieren hat und der gute Wille stets aufgerufen bleibt."

Klassenunterschiede nach Geblüt? Was soll denn das sein? Offenbar hat das etwas mit Blut zu tun, "Blut und Boden" wie bei den Nazis. Von da ab ist es dann auch nicht mehr weit bis zur schicksalsgewollten, blutmäßig bedingten Vorherrschaft der 'arischen Rasse'. Im Kopf dieses Richters spukt offenbar noch seine nazistische Vergangenheit. Was verstehen Marxisten-Leninisten unter Klassen und Klassenkampf?

Nach Lenin bezeichnet man in der Gesellschaftswissenschaft als Klasse "große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrer Stellung in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen festgelegten und zum Ausdruck gebrachten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und des Umfangs des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen."

In der Praxis sieht das heute in Westdeutschland so aus, daß das nach Artikel 14 Absatz 1 des Grundgesetzes garantierte Privateigentum sich folgendermassen verteilt: Eine verschwindend kleine kapitalistische Minderheit, 3,8% der westdeutschen Haushalte, besitzt 80% des gesamten Vermogens. 1,7% besitzen 73,9% des Produktivvermögens, während bereits 41,4% des Produktivvermögens in den Händen einer Clique von0,14% ist.

Was den Klassenkampf betrifft, so wurde er von Marx als Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung entdeckt. Der offene und versteckte ökonomische, politische und theoretische Kampf zwischen den die Gesellschaft bildenden Klassen, die auf dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln in der Klassengesellschaft beruht und zum unvermeidlichen, zum gewaltsmaen Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats als notwendige Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus führt. — Auch dieser Prozeß ist nichts weiter als ein Teil dieses Klassenkampfes, in dem sie als beamteter Vertreter des Kapitals mir als Verteidiger der Interessen des Proletariats gegenüberstehen.

Diese, ihre Klassenhaltung, ihr Klassenstandpunkt drückt sich in der ganzen Urteilsbegründung aus. Z.B. in dem idealistischen Gewäsch, daß in diesem angeblich 'freiheitlichen Staat' der "Verstand zu regieren hat". **Nein, was da regiert, sind ganz handfeste Kapitalinteressen, die mit Verstand nichts, mit Profit alles zu tun haben.** Oder was soll man zu einem Satz wie diesem sagen: "So wie jede Blume mit dem Phänomen ihrer Erscheinung auf das eigentliche Wesen ihres Sinnes hinweist, ist es auch dem Menschen aufgetragen, den nur ihm eigenen Sinn von seinem Sosein in introvertierter Anschauung (Meditation) zu erkennen und sich zu ihm in seiner Haltung zu bekennen. Diese innere Kraft zum Richtigen (Rechten), also zur Wahrheit (im Gegensatz zur objektiven Wirklichkeit) kann konsequent als ein Sollen nicht statisch, rational verstanden werden gemäß einer objektiven Untersuchung, sondern nur durch ein emotionales Herausfinden der psychischen Strömung des Ich."

Mir kann es egal sein, ob sich auf Grund des "Phänomens ihrer Erscheinung" eine Rose zum Duften, ein Kaktus zum Pieken, ein Morchel zum Stinken bekennt. Zu welcher 'Wahrheit' Herr Richter Sommer durch ein "emotionales Herausempfinden der psychischen Strömung "seines Ich gelangt. Es mag eine Besonderheit dieses Richters sein, durch Meditation zur Urteilsfindung zu kommen. Nur das eben seine 'Wahrheit', nicht meine 'Wahrheit' ist. Seine 'Wahrheit', die sich ausdrückt in Sätzen wie: "Es ist nicht ersichtlich, wer als Prolet gilt. Der Unternehmer offenbart nicht, obwohl es möglich ist, daß er als Arbeiter zu den Werktätigen zählt, die länger als üblich arbeiten"; "Eigentum ist ein Institut der Ordnung, um ein Ergebnis privaten Strebens zu sichern." "Er (ich) stellt sich blind, wenn er sieht, daß sozusagen jedermann für den Rechtsstaat, für soziale Gerechtigkeit und für die soziale Marktwirtschaft eintritt."

Wer diese Urteilsbegründung liest, dem wird endgültig klar, daß es in diesem Prozeß weder um die "öffentliche Billigung von Straftaten" noch um eine "öffentliche Herabsetzung der Bundesrepublik Deutschland" geht, sondern einzig und allein um die Kriminalisierung der kommunistischen Agitation und Propaganda, des Marxismus-Leninismus.

Und da heißt es nach Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten". Ein Hohn! Selbst wenn er das Recht hat — und nicht wie hier wegen seiner anderen Meinung vor die Schranken des Gerichts zitiert wird — wer hat schon die Möglichkeit dazu? Bekanntlich braucht man zur Finanzierung einer Tageszeitung, einer Illustrierten, eines Films Millionen. Ohne Anzeigen der Unternehmer kann heute keine größere Zeitung mehr existieren. Haben die Arbeiter Millionen? Würden ihnen die Unternehmer, mit denen sie im Kampf gegen Klasse stehen, Anzeigen geben? **Nein, das, was sich bei uns 'Meinungs- und Pressefreiheit' nennt, ist das Recht einiger Millionäre, die Ansichten ihrer Klasse in Wort und Schrift zu verbreiten.**

Wer was zu sagen hat, bestimmt die Polizei. So kürzlich in Nordrheinwestfalen, als die Polizei anläßlich einer Demonstration das Mitführen von Transparenten bestimmten Inhalts verbot. So hier in Hamburg, als anläßlich einer Demonstration zu Ehren des Hamburger Aufstands vor 50 Jahren, die Polizei das Rufen der Losung "Nur der Griff der Massen zum Gewehr ‚schafft den Sozialismus her" untersagte. Eine Wahrheit die durch zig geschichtliche Beispiele — wie erst kürzlich wieder in Chile — belegt ist, die nur von der herrschenden Klasse einschließlich ihrer revisionistischen Agenten im Lager der Arbeiterklasse geleugnet wird.

Wie mit der Pressefreiheit steht es auch mit den anderen sogenannten 'Freiheiten' im Grundgesetz. Da heißt es doch unter Artikel 8 Absatz 1: "Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln." Tun sie das aber, wie beispielsweise zum vorjährigen Antikriegstag in München, am Karlsplatz, so drischt die Polizei auf sie ein. Angeblich seien die Demonstranten bewaffnet gewesen, weil sie Schutzhelme mit sich trugen und Fahnen führ-

helme trugen und Fahnen mit sich führten. Sind Schutzhelme Waffen? Wohin dieser Polizeiterror führt, sehen wir in NRW, wo es in einem Strafbefehl an einen anläßlich der Anti-Breshnew-Demonstration in Dortmund Festgenommenen heißt, er habe sich bei seinem angeblichen Widerstand gegen die Polizei einer gefährlichen Waffe, seines Schuhwerks, bedient. Heißt das, daß sich die Deutschen in Zukunft nur noch barfuß versammeln dürfen?

Diese Beispiele, die beweisen, daß das Grundgesetz, diese bürgerliche Verfassung nichts weiter ist als der Schafspelz, unter dem die Bourgeoisie ihre Diktatur verbirgt, ließen sich beliebig vermehren. **Verfassung und Verfassungswirklichkeit sind eben zweierlei. Und es kann hier auch gar nicht darum gehen, diese bürgerliche Verfassung mit "Leben zu erfüllen", wie es die D'K'P-Revisionisten verlangen, die in ihr "verankerten demokratischen Rechte" eben vom Boden dieser Verfassung aus zu verteidigen.** Was das für 'Rechte' sind, haben wir gezeigt. Man braucht dabei erst gar nicht erst an die im Grundgesetz verankerte Notstandsverfassung zu denken, mit der sich die Bourgeoisie das Gesetz für die Errichtung ihrer offen faschistischen Diktatur in die Schublade legte.

Nein, wir stehen nicht auf dem Boden dieser Verfassung, die unter offenem Bruch des Völkerrechts, des Potsdamer Abkommens, zustande gekommen ist. In diesem Abkommen heißt es unter B 12 wörtlich: "In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen."

Bitte, wo ist das auch nur ansatzweise geschehen? Noch nie war die Konzentration des Kapitals in Deutschland so groß, wie heute in Westdeutschland. Die Herrschaft des Finanzkapitals, des deutschen Imperialismus ist in seiner alten Macht wiedererstanden.

Weiter heißt es im Potsdamer Abkommen unter (IV) 4.: "Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet."

Aber bereits im Grundgesetz wurde unter Artikel 18: "Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Eigentum oder das Asylrecht zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte", solche Diskriminierung wieder eingeführt und später durch weitere Gesetze, wie das 1. Strafrechtsänderungsgesetz, das berüchtigte 'Blitzgesetz' weiter vertieft.

Was hier und heute in der Bundesrepublik geschieht, was sich in der zunehmenden Verfolgung der Kommunisten, der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, dem ständigen Abbau demokratischer Rechte, den Polizeieinsätzen gegen Streikende usw. usf. ausdrückt, ist ein Prozeß der schleichenden Faschisierung, der Vorbereitung auf die offene faschistische Diktatur. Wir werden uns gegen diesen Prozeß mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Wir werden versuchen, die Massen im Kampf gegen den ständigen Abbau ihrer demokratischen Rechte zu mobilisieren. Aber nicht mit dem Ziel der Erhaltung dieser sogenannten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, dieser verschleierten Diktatur des Finanzkapitals, sondern mit dem Ziel ihrer Zerschlagung in der sozialistischen Revolution, der Errichtung der Rätedemokratie, der Diktatur des Proletariats! Der Räteherrschaft, die tausendmal demokratischer ist, als jedes bürgelriche System.

Daß politische Prozesse wie dieser und hunderte anderer in der Bundesrepublik heute nur unter schärfsten Sicherheitsmaßnahmen, mit einsatzbereiten bewaffneten Hundertschaften der Polizei, mit Durchsuchung der Zuhörer und bewaffneten 'Zivilbullen' im Gerichtssaal stattfinden, ist kein Zeichen der Stärke, sondern der erbärmlichen Schwäche der bürgerlichen Klassenjustiz, des kapitalistischen Staates. **Sie werden mich verurteilen. Noch haben sie die Macht dazu. Aber seien Sie versichert: die deutschen Richter richten solange, bis daß das deutsche Volk sie richtet!!**

ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS!

ES LEBE DAS VEREINTE, UNABHÄNGIGE, SOZIALISTISCHE DEUTSCHLAND!

Anzeige

Bestellungen an: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus 2 Hamburg 11 Postfach 11 16 49

Kampf der Klassen -justiz

Den Gerichtssaal als Tribüne des Klassenkampfes benutzen

Dokumentation

Zum Prozess gegen Ernst Aust Vorsitzender der KPD/ML

Hamburg, im Juni 1973

Din A-5 Broschüre, 77 Seiten, Preis: 1,80 DM

Werner Lukas freigekämpft

Genosse Werner ist frei. Nach fast zweiwöchiger Haft mußte die Klassenjustiz dem Druck der Öffentlichkeit nachgeben. Am 7.11. wurde er aus dem Gefängnis Stadelheim entlassen.

Mit der Verhaftung von Werner Lukas, ehemaligem Flugblattverantwortlichem des Landesverbandes Bayern der KPD/ML, hat die Polizei zum zweitenmal innerhalb eines Monats bewiesen, daß sie sich aufs Kidnappen versteht. Bereits Ende September war Genosse Günther Wagner, Inhaber des Spendenkontos 'Freiheit für alle politischen Gefangenen' verschleppt worden. Nur der entschlossene Kampf der Partei und seiner Kollegen bei Thyssen haben Günther aus dem Gefängnis befreit und die Zurücknahme der Kündigung seines Arbeitsplatzes erzwungen.

Hat die Bourgeoisie aus dieser Niederlage gelernt? Nein! Wieder schlug sie zu, in der Hoffnung, einen Genossen einkerkern zu können, in der Hoffnung, einen Schlag gegen die Partei zu führen.

Am 25.10. wurde Genosse Werner an seinem Arbeitsplatz verhaftet. Da er noch in der Probezeit war, wurde ihm die Arbeitsstelle fristlos gekündigt. Haftgrund: 'Verdunkelungsgefahr'.

Wahr ist: Gegen Werner laufen über 20 Ermittlungsverfahren wegen Flugblättern, die er unterschrieben hat. Werner ist bei seiner Mutter polizeilich gemeldet, er nahm wenige Tage vor seiner Verhaftung an einem Prozeß in München teil, wo ihn die Klassenjustiz wegen 'Beleidigung' verurteilen wollte. Von 'Verdunkelungsgefahr' kann überhaupt keine Rede sein.

Die Behandlung, die Werner in den 14 Tagen seiner Haft erfuhr, zeigt: Dieser Staat setzt sich skrupellos über alle demokratischen Rechte weg, wenn sie ihn an der Verfolgung kommunistischer und fortschrittlicher Menschen hindern. 'Rechtsstaat' heißt in Wirklichkeit bürgerliche Diktatur.

Werner will seinen Rechtsanwalt anrufen. Dieses Grundrecht jedes Gefangenen wird ihm verweigert.

Werner will seine Mutter und Genossen informieren. Das wird verboten.

Werner schreibt sechs Briefe. Keiner wird von der Gefängnisleitung abgeschickt.

Werner sitzt 14 Tage lang in Arbeitskleidung in der Zelle. Er erhält nicht einmal das Notwendigste. Waschzeug, Kleider, Unterwäsche.

Am 3.11. beginnt die Kampagne um die Freilassung von Werner. Die Antwort der Klassenjustiz kommt sofort: **Am Mittwoch beschlagnahmen in München Polizei und Staatsanwaltschaft in einer Großrazzia zwei Agitpropstände der Partei. Transparente, Flugblätter, Wandzeitungen, Bücher – alles wird einkassiert. *Sieben Genossen werden mitgeschleppt und erkennungsdienstlich behandelt, unter dem Vorwand, sie hätten Staatsorgane im Flugblatt 'beleidigt' und 'verleumdet'.**

Was stand in diesem Flugblatt? Das Gleiche, wie in diesem Artikel: Daß Werner widerrechtlich verschleppt und gefangengehalten worden war! Diese Wahrheit auszusprechen, ist 'Staatsverleumdung'.

Am 7.11. wird Werner in München zur Urteilsverkündung in seinem Prozeß vorgeführt (siehe Bericht auf dieser Seite). Er muß vom Gericht freigesprochen werden. In der anschließenden Haftprüfung wird der Haftbefehl aufgehoben.

*** Diese Razzia wird persönlich geleitet von Staatsanwalt Wahl, den die Klassenjustiz in München gerade zum Staatsanwalt für politische Prozeße aufbaut. Er hat bereits in den Antikriegstagsprozessen ein trauriges Beispiel von Gesinnungsjustiz geliefert.**

Polizei-Überfall auf Rote Hilfe in Wetzlar

Fortsetzung von Seite 1

In der Nacht zum 2. November wurden vier Jugendliche, Sympathisanten der Roten Hilfe Wetzlar, verhaftet, und eine Durchsuchung ihrer Wohnung vorgenommen. Die Polizei behauptete, sie hätten Lebensmittel gestohlen. Mit Schlägen sollten die Festgenommenen zu Geständnissen gezwungen werden. Aber sie ließen sich nicht kleinkriegen. Am Freitagabend wurden sie freigelassen.

Sofort nach ihrer Freilassung begann eine Großrazzia der Polizei. Zivile Polizisten durchsuchten die gleiche Wohnung noch einmal, beschlagnahmten Briefe und marxistisch - leninistische Literatur. Sie konnten nicht einmal einen Durchsuchungsbefehl vorlegen.

Diesesmal nahmen sie alle Bewohner und Besucher mit, die sie finden konnten. Alle vierzehn Verhafteten wurden nach Gießen ins Gefängnis gebracht und erkennungsdienstlich behandelt. Auf den Vordrucken für die Fingerabdrücke stand als Verhaftungsgrund: "Verdacht auf kriminelle Vereinigung." Genaueres erfuhren sie nicht, bis zu ihrer Freilassung nach 24 Stunden.

Während die 14 Genossen bereits in Haft waren, durchsuchten Polizisten, die als Wachen vor dem Haus postiert blieben, weitere Autos von Besuchern. Dabei hörte ein Genosse sie untereinander reden: "Schade, da ist ja gar kein ROTER MORGEN dabei."

Die Polizei sucht also bei einer Razzia gegen die Rote Hilfe den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan unserer Partei!

Aber damit war der Polizeiterror gegen die Rote Hilfe noch nicht zu Ende. Am nächsten Tag erschien die Polizei mit einem Durchsuchungsbefehl bei Genossen Schorsch Schmidt, bekannt durch



seinen mutigen Kampf vor Gericht bei den Antikriegstagsprozessen. Durchsuchungsgrund: Unter den Verhafteten sei auch eine Bekannte von ihm gewesen.

Immer mehr verschärft sich der Terror von Klassenjustiz und Polizei. Sieben Genossen und Sympathisanten der Partei in München verhaftet, 18 Genossen der RH in Wetzlar - das alles innerhalb von drei Tagen. Neue Steckbriefe von angeblichen Anarchisten in allen Bahnhöfen und anderen Öffentlichen Gebäuden. Genossen verschleppt und wochenlang ohne Kontakt mit der Außenwelt. Isolationsfolter in den Gefängnissen - so sieht die politische Unterdrükkund in der DBR aus!

Dabei rückt die Rote Hilfe immer mehr ins Zentrum der Verfolgung. Der Klassenfeind fürchtet den konsequenten Kampf des Volkes gegen seine Justiz. Denn diese Klassenjustiz ist eine seiner Wichtigsten Waffen im Kampf gegen das Proletariat.

Deshalb braucht die Arbeiterklasse immer notwendiger eine starke Massenorganisation, die den Kampf an dieser Front organisiert und führt: Die Rote Hilfe!

Auch wenn die heutige Rote-Hilfe-Bewegung noch relativ schwach ist, auch wenn sie noch viele kleinbürgerliche Mängel hat - eines kann man nicht wegleugnen: Diese Bewegung wächst. Der Kampf der Partei in dieser Bewegung um den Aufbau einer nationalen, proletarischen Roten Hilfe zeigt Erfolge!

Die Bourgeoisie erkennt diese Erfolge und schlägt zurück. Ihr Instrument im Kampf gegen die Rote Hilfe: Der Paragraph 129, "Kriminelle Vereinigung".

Dieser faschistische Paragraph 129 soll es der Bourgeoisie ermöglichen, jede Organisation des werktätigen Volkes, die den Kampf der Massen um ihre Interessen organisiert und anleitet, als 'kriminell' zu verbieten. Je stärker die Klassenkämpfe in der letzten Zeit anwuchsen, desto häufiger holte die Klassenjustiz diesen Paragraphen hervor: Gegen Hausbesetzer, gegen das Heidelberger Patientenkollektiv, gegen die Rote Armee Fraktion, und jetzt gegen die Rote Hilfe. Es ist eine schon aus den Fünfziger Jahren bekannte Taktik der Bourgeoisie, zunächst gegen revolutionäre Massenorganisationen vorzugehen, um das Verbot der Kommunistischen Partei vorzubereiten: Seit einem halben Jahr ermittelt die Bundesstaatsanwaltschaft gegen die KPD/ML wegen § 129.

Aber alle diese Terroraktionen, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, zeigen nicht die Stärke, sondern die Schwäche des Klassenfeindes, seine verzweifelten Versuche, das Voranstürmen der Massen zu verhindern, ihre Organisationen zu zerschlagen. Sie können uns nicht abschrecken! 'Bauen wir eine starke, Rote Hilfe auf', heißt unsere Parole. Die Arbeiterklasse braucht sie!

Werkschutz
Bewaffneter Trupp der Kapitalisten

Der Werkschutz der Kapitalisten verfügt heute bereits über Waffen, die die Polizei noch nicht hat. Das Nervengas 'Chemical Mace', in den USA zur Bekämpfung von Demonstrationen entwickelt, wurde bei der Frankfurter Polizei, die damit bewaffnet werden sollte, zurückgezogen, weil gesundheitliche Schäden befürchtet wurden. Vor seiner Anwendung sollte das Gas noch einmal geprüft werden.

Der Werkschutz in deutschen Betrieben dagegen arbeitet bereits mit diesem Gift. Zitat aus dem 'Industriewarndienst zur Abwehr wirtschaftsschädigender Tätigkeit': "Wie uns die Werkschutz GmbH Frankfurt mitteilt, existiert seit einigen Wochen eine ideale Kombination von Yawara-Stab und Mace in einem einzigen Stück. Hiebwaffe und Sprühdose als Einheit haben eine Gesamtlänge von 15 cm und eine Kapazität von insgesamt 20 Schuß.... Der Werkschutz GmbH liegen inzwischen über 20 Erfahrungsberichte aus deutschen Werkschutzabteilungen vor, die übereinstimmend die vorzügliche Eignung dieses Abwehrmittels für den Werkschutz darlegen."

Kampf der Klassenjustiz

Urteil im Münchner Werkschutzprozess
3 Monate für Genossen Uli E.

Am 7.11.73, nach dreiwöchiger Prozeßdauer, wurde im Werkschutz-Prozeß in München das Urteil gesprochen: 3 Monate ohne Bewährung für Genossen Uli E., 400 DM Geldstrafe für Genossen W. Beide hatten den 'Roten Anlasser', in dem der Artikel gegen den Werkschutzleiter Schmitz gestanden hatte, verteilt. Freigesprochen wurde der presserechtlich Verantwortliche, Werner Lukas.

Vorausgegangen waren dem Prozeß Strafbefehle gegen alle drei Genossen. Per Schnelljustiz sollte damit Genosse Uli E. für drei Monate ins Gefängnis gebracht werden, die anderen Genossen Geldstrafen zahlen.

Der Prozeßverlauf hat deutlich gezeigt, warum die Klassenjustiz sich um öffentliche Prozesse gegen Kommunisten herumdrückt, wo sie nur kann. Zwar konnte sie in zwei Fällen die ursprünglichen Strafen durchsetzen. Aber um welchen Preis! Durch das mutige Auftreten der Genossen vor Gericht, die Richter, Staatsanwalt und Zeugen in die Ecke trieb, ist eindeutig der Beweis erbracht, daß der Rote Anlasser zu Recht schrieb: der Werkschutz ist eine bewaffnete Truppe der Kapitalisten.

Damit ist aber genauso klar: hier ist nicht nach Tatsachen geurteilt worden. Hier hat das Klassengericht der Bourgeoisie Gesinnungsjustiz geübt.

Neuer Prozess gegen die Hausbesetzer in Hamburg

Am 14.11. beginnt der Berufungsprozeß gegen die Hamburger Hausbesetzer. Beim ersten Prozeß hatte die Klassenjustiz insgesamt 20 Monate Gefängnis verhängt.

Götz Tilgener verhaftet

Auf dem Flughafen Hannover wurde Götz Tilgener vom Bundesgrenzschutz (!) verhaftet mit der 'Begründung', er sei Angehöriger der Bundeswehr. Ein Haftbefehl lag nicht vor. Obwohl Götz durch seine Papiere beweisen konnte, daß er von der Bundeswehr entlassen ist, wurde er in Untersuchungshaft genommen.

Ermittlungen gegen Verleger des Roten Morgen

Genosse Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN, erhielt eine Vorladung zum Ermittlungsrichter. Gegen den ROTEN MORGEN wird ermittelt wegen 'Beleidigung ausländischer Staatsoberhäupter', wegen 'Beleidigung' und 'Aufforderung zu strafbaren Handlungen', im ROTEN MORGEN 2/1973.

BESTELLSCHEIN

HIERMIT BESTELLE ICH:
PROBENUMMER ☐
ABONNEMENT ☐
AB NUMMER ....



Bestellungen an:
87 Würzburg
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschließlich Porto DM 25,-. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL' ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

Vorwärts im Geiste des Roten Oktober



Sturm auf das Winterpalais

Am 7. November vor 56 Jahren, wurde durch den mutigen Kampf der russischen Proleten und Bauern unter der Führung der KPdSU (B), der Partei Lenins, der kapitalistische russische Staat zerschlagen und auf seinen Trümmern die erste Diktatur des Proletariats errichtet. Die Flammen der russischen Revolution griffen auf ganz Europa über.

Ein Jahr später, am 8. November 1918, rüsteten auch die deutschen Proleten zum Sturm auf die Bastionen des Kapitals. Die deutsche Revolution scheiterte. Ernst Thälmann, der Vorsitzende der KPD, sagte dazu am 7. November 1926:

"Den 7. November 1917 begreifen, heißt nicht nur, seine Früchte, sondern auch seine Wurzeln erkennen. Diese Wurzeln liegen in dem jahrzehntelangen Kampf, den Lenin und die alte Garde des Bolschewismus für die Herausbildung einer revolutionären Partei führten... "

Diese kampferfahrene, konsequent nach den Grundsätzen des Leninismus aufgebaute Partei fehlte den deutschen Massen in ihren fünf Jahre währenden revolutionären Massenkämpfen. Deshalb fuhr Thälmann fort: **"Vom historischen Standpunkt betrachtet, war der gesamte bisherige Verlauf der deutschen Revolution vom November 1918 bis zum Oktober 1923 nur eine 'Generalprobe' für die kommende zweite deutsche Revolution. Wir haben unser 1905 bereits hinter uns, aber unser 1917 steht uns noch bevor."**

Die Geschichte hat bewiesen, wie Recht Ernst Thälmann hatte. Die Kernfrage der Revolution ist die Frage der bolschewistischen Partei.

Die Entartung der KPdSU (B) zur Partei der neuen Bourgeoisie in der UdSSR bewirkte die vorübergehende Niederlage des historischen Werks der ruhmreichen sowjetischen Arbeiter und Bauern. Die korrekte Linie der KP Chinas und der KP Albaniens ermöglichte es, nicht nur die Angriffe auf die Diktatur des Proletariats auch in China und Albanien zurückzuschlagen, sondern neue Lehren zu gewinnen zur Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats.

Das ruhmreiche Beispiel der kommunistischen Parteien Chinas und Albaniens war eine entscheidende Hilfe auch für die deutschen Revolutionäre, aus dem Verrat der KPD-Führer die Konsequenzen zu ziehen und mit der Gründung der KPD/ML im Jahre 1968 den Grundstein zu legen für einen deutschen Oktober.

ES LEBE DER ROTE OKTOBER!

ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS!

ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

Bewaffnete Arbeiter und Soldaten Unter den Linden/ Ecke Friedrichstraße am 10. November 1918





Es lebe die Vorhut der Revolution, die Rote Flotte! Zeitgenössisches Plakat von einem unbekannten Künstler

...in einer Reihe mit Ernst Thälmann

Höhepunkt der Veranstaltung zum 50. Jahrestag des Hamburger Aufstandes in München war der Bericht des Altgenossen Reinhold über die Zeit von 1918 bis 1923. Er erzählte: "Ich war damals praktisch der jüngste Delegierte auf dem Parteitag des Landesverbandes Wasserkante der KPD 1922. Dort lernte ich auch Ernst Thälmann kennen. Besonders begeistert waren wir Jugendlichen vor allem von seinem kompromißlosen, klaren und einfachen Auftreten gegenüber allen Redereien, die verschlungen und verklausuliert vorgetragen wurden. Ich weiß noch, mit welch ungeheurem Beifall die Ausführungen Ernst Thälmanns vom Hamburger Parteitag entgegengenommen wurden."

Der Genosse beschrieb dann die revolutionäre Situation der damaligen Zeit, er berichtete über die Tage, in denen die Hamburger Arbeiter die Macht innehatten. Damals wurden die revolutionären Arbeiter und ihre Partei, die KPD, vor allem aber der Führer des Hamburger Aufstandes, Ernst Thälmann, von den Führern der SPD, aber auch von Feinden der Arbeiterbewegung, die sich in die Führung der Partei eingeschlichen hatten, scharf angegriffen. Mit genau den gleichen Argumenten wie diese Verräter versuchen heute die Revisionisten in der D'K'P und in der SPD die revolutionären Kämpfe in Hamburg und Ernst Thälmann in den Schmutz ziehen.

"Es ist bezeichnend", sagte der Genosse, **"wenn in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, herausgegeben vom Dietz-Verlag in Berlin, also vom SED-Verlag, Ernst Thälmann als 'linker' Kommunist apostrophiert wird. Das heißt, wenn heute gewisse Leute der D'K'P über Euch herziehen und Euch als Linkssektierer beschimpfen, so wißt Ihr, daß Ihr hier in einer Front mit Ernst Thälmann steht."**

Aus eigener Erfahrung kann der Genosse sagen, daß der Hamburger Aufstand nicht isoliert war, wie Revisionisten und Opportunisten behaupten, sondern daß der mutige Kampf der 300 bis 500 Arbeiter von der gesamten Bevölkerung Hamburgs in den verschiedensten Formen unterstützt wurde.

Im Jahre 68 war Genosse Reinhold dem Gründungsausschuß der D'K'P in Münster beigetreten, weil er glaubte, die D'K'P wolle die Arbeiterklasse und das werktätige Volk im Geiste Ernst Thälmanns zur sozialistischen Revolution führen.

Die ersten Zweifel kamen ihm bei der Gewerkschaftspolitik der D'K'P; Bald auch in anderen Fragen. Er glaubte zunächst, es handele sich um ein örtliches Dilemma. Er sagte: **"Ich habe Auseinandersetzungen geführt als Marxist und Leninist. Auch mit der zentralen Revisionskommission. Und wie ich dort die gleiche Haltung feststellte, sah, daß sie nicht nur für Münster charakteristisch ist, da habe ich die Konsequenzen gezogen. Bin ausgetreten — ausgerechnet in dem Jahr, an dem ich vor 50 Jahren in die KPD eingetreten war."**

In der anschließenden Diskussion versuchten Genossen des KBW und der Gruppe Rote Fahne Dortmund einen Keil zwischen die KPD/ML und Altgenossen Reinhold zu treiben. Aber der Genosse hat klare Vorstellungen darüber, auf welcher ideologischen Basis sich Kommunisten allein zusammenschließen können. Er sagte: "Solange wir uns nicht zur Organisierung der Arbeiterklasse, zur Revolution und zur Diktatur des Proletariats zusammenfinden, solange ist auf Deutsch gesagt, unsere ganze Arbeit Scheiße. Wir müssen uns im Klaren darüber sein, daß heute die Entwicklung genauso schnell vorangehen kann wie von 1918 bis 1923, wie von 1929 bis 1933. Darauf müssen wir vorbereitet sein. **Wenn wir noch so viel die Waffe der Kritik üben, so kann die Kritik der Waffen dadurch nicht ersetzt werden."**

— Anzeige —

DER X. PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS
(Dokumente)

Inhalt der Broschüre:

BERICHT AUF DEM X. PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS – Tschou En-lai
(Erstattet am 24.August und angenommen am 28.August 1973).

BERICHT ÜBER DIE ABÄNDERUNG DES PARTEISTATUTS – Wang Hung-wen
(Erstattet am 24.August und angenommen am 28.August 1973 auf dem X.Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas).

STATUT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS
(Angenommen vom X.Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas am 28.August 1973).

PRESSEKOMMUNIQUE DES X. PARTEITAGS DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS (29.August 1973).

PRESSEKOMMUNIQUE DER 1. PLENARTAGUNG DES X. ZENTRALKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS
(30.August 1973).

Format: 16,5 x 13 cm; 142 Seiten mit 15 Photos; Preis 0,85 DM.

Zu bestellen bei:

GESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG
DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Tel.: 040 / 4 10 17 36, Postscheckkonto Hamburg 1935 72 – 207

Parteibüro eröffnet

KIEL:
Büro der KPD/ML im
Thälmann-Buchladen
23 Kiel 14
Reeperbahn 13
Tel.: 0431/74762.

Grussadresse

Genossen!

Anläßlich des 32. Jahrestages der Grnüdung der ruhmreichen Partei der Arbeit Albaniens dem Zentralkomitee der PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze und dem ganzen albanischen Volk unsere brüderlichen Kampfesgrüße.

Eure Partei hat in den 32 Jahren ihres Bestehens immer neue und größere Siege errungen, in engster Verbindung mit den Volksmassen und zum Nutzen der Arbeiterklasse und des ganzen albanischen Volkes, sowie zum Nutzen der Völker der ganzen Welt.

Sie hat das albanische Volk bereits vier Jahre nach ihrer Gründung zur Befreiung vom Faschismus von allen inländischen und ausländischen Unterdrückern geführt.

Im Aufbau des Sozialismus hat das albanische Volk unter Führung Eurer ruhmreichen Partei größte Schwierigkeiten überwunden, und aus dem rückständigsten Land Europas ein blühendes und glückliches Land gemacht.

Die Partei der Arbeit Albaniens hat sich als mutiger Vorkämpfer gegen die modernen Revisionisten erwiesen. Allen Schwierigkeiten zum Trotz hat die PAA unter Führung von Genossen Enver Hoxha den konsequenten und unversöhnlichen Kampf gegen die Verräter vom Schlage Chruschtschows, die modernen Revisionisten, aufgenommen und weitergeführt. Damit hat sie den Marxismus-Leninismus verteidigt und weiterentwickelt, und hat den Kommunisten in aller Welt den einzig richtigen Weg gewiesen, wie überall der Trennungsstrich zu den modernen Revisionisten gezogen werden muß.

Für unsere Partei, wie für alle wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien in der Welt ist Eure Partei ein großes Vorbild. Wir werden alles tun, um unsere Partei im gleichen Geist weiter aufzubauen, um unser Volk zur sozialistischen Revolution zu führen.

ES LEBE DIE PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS!

ES LEBE GENOSSE ENVER HOXHA!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

ES LEBE DIE WELTREVOLUTION!